



KAMPF UM DIE DEMOKRATIE

Plakate aus dem Wahljahr 1924

**Eine Ausstellung des
Staatsarchivs Bamberg**

Kampf um die Demokratie
Plakate aus dem Wahljahr 1924

Staatliche Archive Bayerns

Kleine Ausstellungen

Nr. 72

Kampf um die Demokratie

Plakate aus dem Wahljahr 1924

Eine Ausstellung des
Staatsarchivs Bamberg



München 2024

Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen
hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Schriftleitung: Laura Scherr

Redaktionelle Mitarbeit: Claudia Pollach

Nr. 72: Kampf um die Demokratie. Plakate aus dem Wahljahr 1924.
Eine Ausstellung des Staatsarchivs Bamberg

Konzeption und Bearbeitung: Andreas S. Hofmann, Johannes Haslauer,
Klaus Rupprecht unter Mitarbeit von Johannes Staudenmaier

Staatsarchiv Bamberg, 5. März bis 24. Mai 2024

Umschlag vorne: Kat.-Nr. 1

Umschlag hinten: Kat.-Nr. 9

© Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2024

Satz und Gestaltung: Nicole Edwards

Druck: Grafik + Druck digital K.P. GmbH, München

ISSN 1434-9868

ISBN 978-3-910837-04-1

Inhalt

Vorwort

<i>von Klaus Rupprecht</i>	7
----------------------------------	---

Kampf um die Demokratie. Plakate aus dem Wahljahr 1924

<i>von Andreas S. Hofmann und Johannes Haslauer</i>	11
---	----

Der Republik treu. Verfechter der Demokratie: SPD und DDP ...	22
---	----

Katholisch, konservativ, traditionalistisch: Die Bayerische Volks- partei	26
--	----

Vom Antirepublikanismus zur Regierungsbeteiligung: National- konservative	28
--	----

Feinde der Republik von links: Die KPD	30
--	----

Feinde der Republik von rechts: Völkische Nationalisten als Nachfolger der verbotenen NSDAP	34
--	----

Die Wählerschaft entscheidet – die Wahlergebnisse	36
---	----

Katalog

<i>von Andreas S. Hofmann, Klaus Rupprecht, Johannes Staudenmaier</i>	42
---	----

Literatur	95
-----------------	----



Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern zum Schutze der
Wahlfreiheit vom 22.2.1924, Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 45 (Zweites Blatt) vom
22.2.1924 (s. S. 19)

Vorwort

2024 werden das Europäische Parlament und drei deutsche Landtage neu gewählt. Parallel zu den Europawahlen stehen Kommunalwahlen in mehreren deutschen Ländern an. In einem am 29. Dezember 2023 veröffentlichten Kommentar unter dem Titel „Es geht um viel“ äußerte der Leiter der Parlamentsredaktion der Süddeutschen Zeitung, Nicolas Richter, seine Befürchtungen vor einem europaweiten Rechtsruck und einer Aushöhlung des deutschen Rechtsstaates von innen durch erstarkende rechtsextreme Kräfte.

1924 – „Deine Stimme fehlt noch! ES GEHT UM ALLES!“ So plakatierte die SPD im „Superwahljahr“ 1924. Bewusst wählte die Partei für den Schriftzug die Farben der Weimarer Republik Schwarz-Rot-Gold. Bild- und Textgestaltung appellierten an Wählerinnen und Wähler, sich mit ihrer Stimme für die Republik und gegen deren Feinde einzusetzen. Und deren gab es viele: die nationalistisch-rechtskonservativen Parteien, die mit den Farben des Kaiserreichs Schwarz-Weiß-Rot warben, die Kommunisten und die völkisch-rassistischen Parteien. Die junge Demokratie in Deutschland war kein Wert an sich. Eine Mehrheit in der Gesellschaft stand ihr skeptisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber. „Parteiengenzank“ und der oft lang andauernde Weg der parlamentarischen Kompromissfindung galten als Zeichen der Schwäche. Die innen- wie außenpolitischen Krisen des Jahres 1923 hatten die Republik zudem bis an den Rand des Umsturzes gebracht. Im Spätherbst des Jahres 1923 war zwar klar, dass sich die demokratischen Institutionen vorerst als standhaft erwiesen hatten. Den die Republik stützenden Kräften war aber bewusst, dass die Bedrohungslage von innen weiterhin groß war. Es galt, den Kampf um die Demokratie aufzunehmen und auch in dieser Entschiedenheit, mit diesem verzweifelten Aufruf „ES GEHT UM ALLES!“, nach außen zu tragen. Folge man dem nicht, so die Botschaft, würde ein autokratisches System siegen, das demokratische Werte und Grundsätze wie Freiheit, Gleichheit und Gewaltenteilung mit Füßen trüte.

Mit einer Landtagswahl in Bayern, zwei Reichstagswahlen, einer im Mai und einer im Dezember, sowie Kommunalwahlen war in Bayern im Jahr 1924 ständig Wahlkampf. Die politischen Parteien und Gruppierungen warben in Wahlveranstaltungen und mit oft aufwändig von Graphikern, Illustratoren und Künstlern gestalteten Plakaten um die Gunst der Wählerinnen und Wähler. Im Vergleich zur Mehrzahl der heute von Parteien präsentierten Plakate, die häufig allein mit den Köpfen der Politikerinnen und Politiker sowie zuweilen eher flachen Botschaften werben, wirken diese bildmächtig und waren mit damals offenbar allgemeinverständlichen Symbolen und Andeutungen aufgeladen.

Gemäß einer Verordnung vom Februar 1924 mussten die Plakate nach heutigem Sprachgebrauch von der Kreisbehörde genehmigt werden. Eine solche Behörde war z.B. das auch für den Stadtbereich mit zuständige Bezirksamt Bamberg II mit Sebastian Fackelmann an der Spitze. Dieser behielt im Rahmen der laufenden Genehmigungsverfahren offenbar je ein Plakat als Belegexemplar in seiner Registratur. Am Ende des Jahres, nach der Reichstagswahl vom Dezember 1924, war er sich des historisch bleibenden Werts dieser Sammlung bewusst und übergab diese dem Staatsarchiv Bamberg.

Hundert Jahre später – 2024 –, in Deutschland fürchten viele Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsruck und gehen „für ihre Demokratie“ auf die Straße, zeigt das Staatsarchiv Bamberg eine Auswahl bedeutender Plakate des Wahljahres 1924 aus der Sammlung des Bezirksamts Bamberg II, die den damaligen „Kampf um die Demokratie“ spiegeln. Obwohl sich viele Parallelen zwischen 1924 und 2024 aufdrängen, ist die Gesamtsituation doch unterschiedlich. Es lohnt sich, genau hinzuschauen. Leitfrage der Ausstellung ist daher, wie sehr sich die Parteien für die Weimarer Demokratie einsetzten. Damit wird der Faden aufgenommen und weitergesponnen, den die Staatlichen Archive Bayerns 2023 in den Fokus ihrer Öffentlichkeitsarbeit gestellt hatten: das Krisenjahr 1923 und seine Bedeutung für die Demokratie in Deutschland.

Der erste große Abschnitt der Ausstellung widmet sich den Verfechtern von Republik und Demokratie: Sozialdemokratische Partei

Deutschlands (SPD) und Deutsche Demokratische Partei (DDP). Als Ableger der Zentrumspartei trat in Bayern die allerdings deutlich konservativer agierende Bayerische Volkspartei (BVP) an. Obwohl inhaltlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehend, war der Wertekanon des politischen Katholizismus letztlich wichtiger als die Demokratieverteidigung. Mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) begegnen wir im dritten Abschnitt den ersten Gegnern der Weimarer Republik. Ihr Ziel war letztlich die Restitution der Monarchie unter preußischer Führung. Mit besonders aussagekräftigen, zuweilen übergroßen Plakaten treten abschließend die Feinde der Demokratie aus dem extremen linken und rechten Milieu hervor, die diese bekämpften und verunglimpften, wo sie nur konnten: die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und der Völkische Block (VBl) als Nachfolgeorganisation der nach dem Hitler-Ludendorff-Putsch verbotenen NSDAP. Neben die Abschnitte über die Haltung der Parteien treten drei Themenschwerpunkte, die die Symbolik und Bildersprache der Plakate aufgreifen: Die Farben Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot als politisches Gegen- satzpaar, die Rolle der Frauen und der Dawes-Plan.

Die Erarbeitung von Ausstellungen ist ein wichtiger Baustein archivischer Öffentlichkeitsarbeit. Angesichts eines insgesamt gewachse- nen Aufgabenspektrums, bei gleichbleibender personeller Ausstat- tung, wird diese Aufgabe häufig zur Belastung. Ich danke Herrn Dr. Andreas S. Hofmann, Beschäftigter im Staatsarchiv Bamberg, für die Auswahl der Exponate und deren Beschreibung sowie die aus- führliche inhaltliche Einleitung. Für das Konzept der Ausstellung sowie die Redaktion der Texte war ein Dreier-Team bestehend aus Dr. des. Johannes Haslauer, Dr. Andreas S. Hofmann und Dr. Klaus Rupprecht zuständig. Dank gebührt auch Herrn Dr. Johannes Stau- denmaier für seine Mitarbeit.

Archive sind offene Häuser und Wissensspeicher. Sie machen Archivgut zugänglich, das zu unterschiedlichen Zwecken genutzt werden kann, egal ob wissenschaftlich, heimat- oder familienges- chichtlich oder auch rechtlich motiviert. Auf diese Weise erfüllt auch das Staatsarchiv Bamberg seine Aufgabe, über die Funktion als Gedächtnis der Verwaltung hinaus, Gedächtnis seiner Region zu

sein. Ausstellungen helfen, den besonderen Wert der in den Archiven verwahrten Originale vor Augen zu führen. Bildliche Quellen, besonders Plakate sind hierfür gut geeignet und schärfen den Blick für Bildtraditionen.

Im Rahmen unserer historisch-politischen Bildungsarbeit möchten wir als Staatsarchiv Bamberg aktiv dazu beitragen, historische Themen in der Öffentlichkeit aufzugreifen, die Erinnerung daran wach zu halten und Forschungen anzuregen. Geschichte und Gegenwart stehen dabei immer in Bezug zueinander.

Bamberg, im Januar 2024

Dr. Klaus Rupprecht
Leiter des Staatsarchivs Bamberg

Kampf um die Demokratie. Plakate aus dem Wahljahr 1924

von

Andreas S. Hofmann und Johannes Haslauer

Wahlkampf 1924: Von einem Plakat wendet sich ein muskulöser junger Mann energisch dem Betrachter zu, die Augen sind angstefüllt geweitet. „Deine Stimme fehlt noch! Es geht um alles!“, wirbt der große Schriftzug in Schwarz, Rot und Gold, den Farben der jungen Republik. In zugespitzter, drastischer Weise erinnert das Plakat der SPD an den Kampf um die Demokratie im Jahr 1924. Die Botschaft war unmissverständlich: Jede einzelne Stimme für die Partei sollte eine Stimme für die Republik und gegen die republikfeindlichen, extremistischen Parteien sein (Kat.-Nr. 1).

Nach den Gewaltausbrüchen des Vorjahres, die im sogenannten Hitler-Ludendorff-Putsch ihren Höhepunkt fanden, wurde der Streit um die politische Macht 1924 von der Straße wieder ins Wahllokal verlagert. Am 6. April beziehungsweise am 4. Mai 1924 (Pfalz) wählte man in Bayern turnusgemäß den Landtag neu, am 4. Mai und erneut am 7. Dezember in der ganzen Republik den Deutschen Reichstag. Seit ihrer Gründung in Folge der Revolution von 1918 war die erste Republik auf deutschem Boden nicht zur Ruhe gekommen. So fanden auch die Wahlen 1924 in einer aufgeheizten Stimmung statt. Besonders die leidvollen Erfahrungen des Vorjahres, des Krisenjahres 1923¹, waren allgegenwärtig.

¹ Bernhard Grau, Demokratie im Abwehrmodus. Bayern im Krisenjahr 1923. In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Ausgabe 01/2023, S. 21–28. – Nicolai Hannig – Detlev Mares (Hrsg.), Krise! Wie 1923 die Welt erschütterte, Darmstadt 2022. – Mark Jones, 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022. – Peter Longreich, Außer Kontrolle. Deutschland 1923, Wien 2022. – Peter Reichel, Rettung der Republik? Deutschland im Krisenjahr 1923, München 2022. – Johannes Staudenmaier – Alexander Wolz, Putsch in der Provinz? Schlaglichter auf Nordbayern im Krisenjahr 1923. In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Ausgabe 03/2023, S. 22–29. – Volker Ullrich, Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund, München 2022. – Wolfgang Niess, Der Hitlerputsch. Geschichte eines Hochverrats, München 2023. – Für Oberfranken vgl. die Artikelserie des Staatsarchivs Bamberg in der Tageszeitung „Frankenpost“: Ausgabe vom 15.4.2023 „Angst vor Krieg – Oberfranken vor der Räumung“ von Achim Paulus; Ausgabe vom 3.6.2023 „Linke und Rechte bewaffnen sich“ von Klaus Rupprecht; Ausgabe vom 21.10.2023 „Raus aus Hof“ von Johannes Haslauer; Ausgabe vom 4.11.2023 „Der Deutsche Oktober 1923 – Zangenangriff auf die Demokratie“ von Johannes Staudenmaier; Ausgabe vom 9.11.2023 „Ein letzter verzweifelter Versuch“ von Johannes Staudenmaier.

Deutschland musste wegen des verlorenen Ersten Weltkriegs Reparationen bezahlen. Der Streit um die Zahlungen eskalierte im Januar 1923 in der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen. Der Versuch der deutschen Regierung, passiven Widerstand gegen die Besatzer zu leisten, hatte sich als Bumerang erwiesen. Er schwächte die ohnehin labile deutsche Wirtschaft und heizte die Geldentwertung bis zur Hyperinflation an.² Ersparnisse wurden vernichtet, Hunger und Vereelendung breiteten sich aus, die Bürgerinnen und Bürger verloren das Vertrauen in den Staat. Der parteilose Reichskanzler Wilhelm Cuno (1876–1933) und seine Regierung der bürgerlichen Mitte mussten am 12. August 1923 nach nur neunmonatiger Amtszeit zurücktreten.

Cunos Nachfolger Gustav Stresemann (1878–1929) und dessen Regierung, nun unter Beteiligung der SPD, brachen den hoffnungslos gewordenen Ruhrkampf ab. Daraus resultierte allerdings große Entrüstung in national-konservativen Kreisen. In Bayern übertrug die Staatsregierung deshalb sogar die Regierungsgeschäfte einem „Generalstaatskommissar“ mit diktaturähnlichen Vollmachten und verhängte den Ausnahmezustand. Generalstaatskommissar Gustav von Kahr (1862–1934)³ fuhr einen republikfeindlichen Kurs und machte Bayern zu einem Zufluchtsort von NSDAP-Anhängern, nachdem die Partei im Reich verboten worden war. Nationalsozialisten, Monarchisten und Mitglieder der Reichswehr bekundeten offen ihren Umsturzwillen durch einen „Marsch auf Berlin“ – nach dem Vorbild von Mussolinis Marsch auf Rom und der faschistischen Machtübernahme im Oktober 1922.

Das Vertrauen in die Republik war im Herbst 1923 an einem Tiefpunkt angelangt. Radikale von links und rechts sahen die Zeit für einen Umsturz gekommen, auch im Westen und im Osten der Republik. Im Rheinland und in der zum Freistaat Bayern gehörenden

² Sebastian Teupe, Zeit des Geldes, Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923, Frankfurt am Main 2022. – Knut Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 50), Göttingen 1982.

³ Hans Hinterberger, Unpolitische Politiker? Die bayerischen „Beamtenministerpräsidenten“ 1920–1924 und ihre Mitverantwortung am Hitlerputsch, Dissertation, Universität Regensburg, 2016, <https://epub.uni-regensburg.de/35649/1/Die%20bayerischen%20Beamtenministerpr%C3%A4sidenten%20Diss.pdf> (zuletzt abgerufen am 25.1.2024).

Rheinpfalz versuchten Separatisten eine „Rheinische Republik“⁴ zu errichten. Die Landesregierungen aus SPD und KPD in Sachsen und Thüringen wollten im Rahmen des „Deutschen Oktobers“⁵ die proletarische Revolution durchsetzen. Wegen der Regierungsbeteiligung der Kommunisten verhängte die Reichsregierung gegen Thüringen die Reichsexekution und ging mit voller Wucht gegen die linksradikalen Umsturzpläne auch in Sachsen vor. Die SPD sah darin eine Ungleichbehandlung im Vergleich zum Umgang mit der reaktionären „Ordnungszelle Bayern“ und trat unter Protest Anfang November aus der Reichsregierung aus. Nahezu gleichzeitig sah Adolf Hitler die Gelegenheit gekommen, die Schwäche der Staatsführung für einen gewaltsauslösenden Umsturz durch die paramilitärisch organisierten, völkisch-nationalistischen Verbände zu nutzen. Er rief am 8. November in München zum „Marsch auf Berlin“ auf, der allerdings tags darauf noch in der Landeshauptstadt von der Polizei gestoppt wurde.⁶

Zwar hatte das Krisenjahr 1923 die Weimarer Republik an den Rand des Untergangs gebracht. Dennoch erwies sich die Republik als erstaunlich widerstandsfähig. Keine der Umsturzbestrebungen dieser Zeit hatte nachhaltigen Erfolg. Nach der Ablösung der Regierung Stresemann Ende November 1923 führte der Zentrumspolitiker Wilhelm Marx als Kanzler übergangsweise bis zu den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 eine konservativ-liberale Minderheitsregierung aus Vertretern von Zentrum, Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Deutscher Volkspartei (DVP) an. Ihr gelang es in den ersten Monaten des Jahres 1924, die staatliche Autorität zu festigen. Der bayerische Generalstaatskommissar von Kahr trat zurück und der Reichspräsident konnte den am 26. September 1923 verhängten Ausnahmezustand wieder aufheben.

⁴ Martin Schlemmer, „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln u.a. 2007.

⁵ Ute Engelen – Walter Rummel (Hrsg.), Der gescheiterte Friede. Die Besetzungszeit 1918–1930 im heutigen Rheinland-Pfalz. Begleitband zur Ausstellung (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz 129), Koblenz 2020.

⁶ Harold J. Gordon, Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt am Main 1971. – Niess (wie Anm. 1). – Walter Ziegler, Hitlerputsch (8./9. November 1923), publiziert am 11.05.2006 (Aktualisierte Version 20.09.2021). In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Hitlerputsch_\(8./9._November_1923\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Hitlerputsch_(8./9._November_1923))> (zuletzt abgerufen am 26.1.2024).

Trotz dieser Erfolge blieb das Vertrauen in die demokratische Republik bei Vielen gestört. Daran änderte auch die im Oktober 1923 eingeführte Rentenmark wenig. Sie führte zwar zu einer Stabilisierung der Währung, die sich allerdings nur zögerlich bei der Bevölkerung bemerkbar machte. Auch in den ersten Monaten des Jahres 1924 überwogen die Eindrücke von Gewalterfahrung, sozialen Spannungen und außenpolitischen Bürden, die der Republik zur Last gelegt wurden. Dazu trug auch der vom 26. Februar bis zum 1. April 1924 vor dem Volksgericht München stattfindende und in der Öffentlichkeit mit großer Spannung erwartete Prozess gegen Hitler und seine Mitstreiter bei.⁷ Eine seriöse, den Vorfällen angemessene Prozessführung und Verurteilung der Rädelsführer fand durch den nationalistisch-konservativen Richter Georg Neithardt nicht statt. Stattdessen war der Prozess vom teilweisen Ausschluss der Öffentlichkeit und den Propagandareden Hitlers gekennzeichnet. Obwohl er wegen Hochverrats angeklagt war, bereits unter Bewährung stand und ausgewiesen hätte werden müssen, fiel das Strafmaß für den nationalsozialistischen Führer mit fünf Jahren Festungshaft unerklärlich mild aus.

Die am 6. April praktisch parallel zum Hitlerprozess stattfindenden Landtagswahlen standen deshalb noch ganz unter dem Eindruck der Krisen des Vorjahres und brachten Stimmenverluste für die staatstragenden Parteien sowie Stimmengewinne für die radikalen Parteien von links und rechts. Am 28. Juni 1924 übernahm der Vorsitzende der BVP-Landtagsfraktion, Heinrich Held (1868–1938), eine auf BVP, DNVP und Bauernbund gestützte Regierung und beendete die Zeit der „Beamtenkabinette“. Dabei erregte der aus der DNVP stammende und sich seit 1920 als Justizminister behauptende Franz Gürtner (1881–1941) Aufsehen, da er sich bereits schützend vor nationalistische Wehrverbände gestellt hatte und nun eine vorzeitige Haftentlassung Hitlers vorantrieb, die am 20. Dezember 1924 auch tatsächlich erfolgte.

Die Augen waren damit in den ersten Monaten des Jahres 1924 auf Bayern gerichtet und gaben einen Vorgeschmack auf das, was die wenig später stattfindenden Reichstagswahlen des 4. Mai bringen

⁷ Otto Gritschneider, Der Hitler-Prozeß und sein Richter Georg Neithardt. Eine Rechtsbeurteilung von 1924 mit Folgen, München 2001.

würden. Der Wahlausgang war in abgeschwächter Weise dem der bayerischen Landtagswahl ähnlich, ein Schlussstrich unter die Ereignisse des Vorjahres gelang nur bedingt. Denn nach der Inflationskrise von 1923 musste ein neues Verfahren im Umgang mit den Reparationszahlungen gefunden werden, während gleichzeitig die wirtschaftliche Situation Deutschlands zu berücksichtigen war. Der vom amerikanischen Bankier Charles Dawes (1865–1951) ausgearbeitete Plan und dessen Annahme durch die Regierung elektrisierte über den Sommer hinweg die Massen. Die Folge: Der Druck auf die Reichsregierung wuchs und die für die Weimarer Republik typische Schwierigkeit einer Kompromissfindung der Parteien bestimmte den politischen Herbst. Da weder eine Erweiterung noch ein Fortbestehen der amtierenden Minderheitsregierung möglich war, wurde der Reichstag aufgelöst und die Neuwahl zum 7. Dezember angesetzt.

Die Ursachen der Krisen in der Weimarer Republik und die Schwierigkeiten, diese bewältigen zu können, waren vielfältig. Das Parteiensystem stammte noch aus der Monarchie.⁸ Es bildete die vier politischen Grundströmungen (Politischer Katholizismus, Konservativismus, Arbeiterbewegung und Liberalismus) ab. Allerdings hatte sich die Funktion der Parteien grundlegend gewandelt. Im Kaiserreich waren die Mitwirkungsrechte der Parteien an der Machtausübung beschränkt, dagegen bestimmten sie jetzt im Rahmen des parlamentarischen Kräftespiels über das politische Geschehen. Dies erforderte neue Kompetenzen und Verhaltensweisen. Es fiel den milieugebundenen Parteien schwer, Koalitionen und politische Kompromisse einzugehen. Die Furcht vor dem „Marxismus“ erfasste nicht nur die Parteien des konservativen Parteienspektrums, sondern breitete sich auch auf die liberalen Parteien aus und engte die Möglichkeiten der Regierungsbildung weiter ein. Darüber hinaus belastete die Außenpolitik die Stimmung in Deutschland. Der Versailler Friedensvertrag von 1919, die Reparationszahlungen und die sich daran entzündenden inneren Unruhen in der Frühphase der Republik boten ausreichend Anlässe für einen Vertrauensverlust in den jungen Staat. So

⁸ Rainer Mario Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Wilhelm Abel (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393.

hatten die Parteien der 1919 erstmals gebildeten „Weimarer Koalition“ (SPD, Zentrum, DDP) schon bei den Reichstagswahlen von 1920 starke Verluste hinnehmen müssen. Am linken und rechten Rand des Spektrums erstarkten Parteien, die als große, verfassungsfeindliche Blöcke die Republik bekämpften. Sie begrenzten das für eine Demokratie typische Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition in der Auseinandersetzung um die Bewältigung der aktuellen Aufgaben. Häufig blieb als Ausweg nur noch eine Minderheitsregierung.

Viele Themen des Wahlkampfs im Jahr 1924 gingen auf die Ereignisse des Vorjahres zurück. Das Werben um Wählerstimmen und Mehrheiten im Reichs- und Landtag war sehr emotional geprägt. Um im Wahlkampf erfolgreich bestehen zu können, setzten die Parteien auf ein junges und auffälliges Medium, das sich zur schnellen und gut sichtbaren Vermittlung von politischen Zielen und zur Werbung besonders gut eignete. Plakate boten dafür die besten Voraussetzungen. Politische Plakate in Form von Bekanntmachungen und Wahlplakaten erlebten in der Weimarer Republik ihre Blütezeit.⁹ Obwohl schon vor 1918 bekannt, kam ihnen in der ereignisreichen Zeit des politischen Umbruchs, in der es wenige Rundfunkteilnehmer gab und kein Fernsehen, geschweige denn Smartphones und Social Media existierten, eine besondere Rolle zu. Plakate waren im Hinblick auf die Präsenz im öffentlichen Raum und die Möglichkeiten der klaren Ansprache auch Zeitungen voraus, die dagegen vergleichsweise träge wirkten.

Als Medium der Informationsübermittlung und Propaganda erwies sich das Plakat bestens geeignet für den Wahlkampf und als Werbemittel. Zunehmend löste das „Anschlagen“ von Wahlplakaten an

⁹ Vgl. Marina von Assel (Hrsg.), Plakate: Ohne Bilder! (Schriftenreihe des Kunstmuseums Bayreuth 37 / Plakate im Kunstmuseum 1), Bayreuth 2015. – Bernhard Grau, Werben, agieren, Politik machen: Plakate und Flugblätter. In: Original! Pracht und Vielfalt aus den Staatlichen Archiven Bayerns. Eine Ausstellung der Staatlichen Archive Bayerns im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 59), München 2017, S. 283–285, hier S. 283. – Siegfried Wenisch (Bearb.), Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 36), München 1996. – Birgit Witamwas, Geklebte NS-Propaganda. Verführung und Manipulation durch das Plakat, Berlin 2016. – Michael Wobring, Flugblätter – Plakate – Propaganda. Die Arbeit mit appellativen Bild-Text-Dokumenten im Geschichtsunterricht, St. Ingbert 2013. – Sylke Wunderlich, Propaganda des Terrors. Plakate des NS-Staates zwischen 1933 und 1945 = Propaganda Posters of the Nazi Terror Regime, Berlin 2021.

Häuserwänden oder Litfaßsäulen die Hand-zu-Hand-Weitergabe der Flugschriften ab. Größe und Qualität der Bildgestaltung der Plakate nahmen zu. Da der Betrachter innerhalb von Sekunden über das Plakat urteilte, gewann der visuelle Gesamteindruck eine besondere Bedeutung.

Die sechzehn in der Ausstellung gezeigten Wahlplakate und Flugschriften vermittelten das Zusammenspiel von politischer Positionierung, thematischer Zuspitzung und signalhafter Gestaltung. In einer krisenhaften Zeit interpretierte jede Partei die Ereignisse in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur anders und versuchte ihren Standpunkt und ihre Zielsetzungen durch mehr oder weniger aufwendig gestaltete Illustrationen und Slogans der Wählerschaft möglichst griffig zu verdeutlichen.

So flossen zentrale Themen wie die Furcht vor einem Umsturz und vor neuerlicher Gewalt in die Plakatgestaltung der republikanischen Parteien ein. Dagegen warb die bürgerlich-konservative Bayerische Volkspartei mit christlichen und antiextremistischen Wertvorstellungen. Die DNVP nutzte mindestens in der ersten Jahreshälfte noch antirepublikanisch-nationalistische Bilder für den Wahlkampf, während Kommunisten und Nationalsozialisten die Republik beispielsweise wegen der Annahme der Dawes-Gesetze und des Beitritts zum Völkerbund grundsätzlich bekämpften und eigene Staatsvorstellungen propagierten.

Die werbliche Strategie und die künstlerische Gestaltung sind dabei vielfältig. So reihen sich einprägsame, provokante Illustrationen neben diskreditierend verfasste Textplakate. Inhalte wurden häufig kurz und prägnant mit Hilfe eingängiger Sprüche („Slogans“) oder anschaulicher Illustrationen vermittelt. Eindrucksvoll belegen dies die Plakate, deren Texte neben dem Namen der Partei entweder ganz – oder zumindest fast ganz – auf einen einzigen, prägnanten und sehr prominent platzierten Slogan reduziert sind, wie etwa „Für Reich und Republik“ (Kat.-Nr. 6). Hier werden die beiden Substantive gestalterisch sogar noch zusätzlich durch größere Schrift hervorgehoben. In ähnlicher Art und Weise begnügte sich die Deutschnationale Volkspartei damit, die aussagekräftige Illustration des deutschen Michels

auf seinem Sonnenwagen mit dem Slogan „Raus aus dem Dreck“ zu versehen. Dieser korrespondierte klar und eindeutig mit dem Bild, auf dem der Wagenführer die beiden kraftvoll aufwärtsstrebenden Pferde antreibt und die blutgetränkte Gegend von Tod und Untergang hinter sich lässt (Kat.-Nr. 14).

Die Größe der Plakate variierte stark. So finden sich kleinere Plakate mit ca. 50 Zentimetern in der Höhe oder Breite, etwa das Textplakat der Bayerischen Volkspartei (BVP) zur Landtagswahl (Kat.-Nr. 10) oder das kommunistische Plakat „Für den Befreiungskampf!“, das durch den Farbkontrast von Rot und Schwarz und die reduzierte Art der Zeichnung seine Wirkung entfaltet (Kat.-Nr. 19). Dagegen fallen Plakate der Nachfolgeorganisationen der verbotenen NSDAP mit über einem Meter Höhe auf. Sie verliehen den ohnehin mit geschickten gestalterischen Methoden in Szene gesetzten Motiven zusätzliche Wirkmächtigkeit – etwa dem fast schon lebensgroßen Adler, der seine Ketten sprengt und der aufgehenden Sonne entgegenfliegt (Kat.-Nr. 23), oder der Figur des „Drahtziehers“, dessen schiere Übermächtigkeit als Sinnbild eines jüdischen Kapitalisten nur wegen der Größe des Plakats in dieser Form überzeichnet werden konnte (Kat.-Nr. 24).

Texte auf leuchtenden Hintergrundfarben kamen als gestalterisches Mittel insbesondere bei argumentierenden Textplakaten zum Einsatz, etwa bei dem Plakat „Was uns helfen kann“, mit dem sich die SPD gegen einen völkisch-konservativen Zeitungsartikel positionierte (Kat.-Nr. 3), bei dem programmatischen BVP-Plakat zur Landtagswahl (Kat.-Nr. 10) sowie dem Plakat der KPD, das die Annäherung von Sozialdemokraten und völkischen Nationalisten anprangerte (Kat.-Nr. 21).

Die Erarbeitung geeigneter Illustrationen eröffnete ein Betätigungs-feld für entsprechend talentierte Künstler. Ein Hinweis auf den Illustratoren findet sich auf den Plakaten aber im selteneren Fall, auffälligerweise jedoch bei allen gezeigten Plakaten der DDP (Kat.-Nrn. 5–7), darüber hinaus beim Plakat „Raus aus dem Dreck“ der DNVP (Kat.-Nr. 14) sowie bei den beiden ausgestellten Stücken des Völkischen Blocks (Kat.-Nrn. 23, 24). Allerdings ist der Grafiker des „Drahtziehers“ nur mit einem Kürzel („M.E.“) dokumentiert. So arbeitete beispielsweise der österreichische Zeichner Theo Matejko (1893–1946),

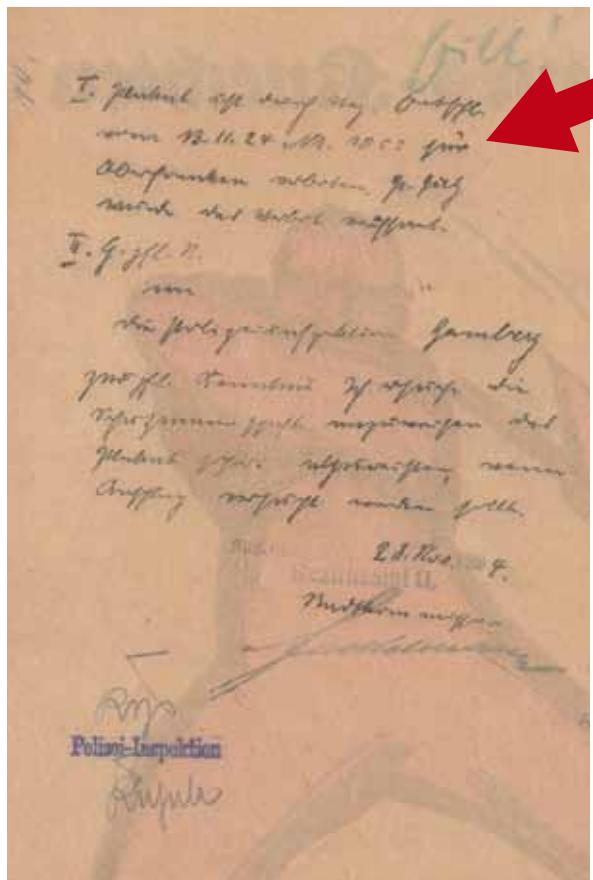
der zu dieser Zeit auch für die entstehende Filmindustrie Werbegräfinken entwarf, für die DDP (Kat.-Nr. 5).

Mit der Produktion der Plakate beauftragten die Parteien sowohl ausgewiesene Spezialdruckereien wie die Firma „Plakatkunstdruck Eckert“ in Berlin-Schöneberg (Kat.-Nrn. 1, 7) als auch parteinahe Betriebe wie die Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH (Kat.-Nrn. 3, 8), bei der die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“ erschien. Der St. Otto-Verlag Bamberg ist mit einem Werbeplakat des Katholischen Frauenbundes sowie der BVP vertreten (Kat.-Nrn. 9, 10).

Auch wenn mit der Erstellung und Verteilung der Plakate Aufwand verbunden war, blieben sie in ihrem Verwendungszweck doch Verbrauchsschriftgut, das lediglich zu einem anlassbezogenen Zweck geschaffen wurde. War dieser erfüllt, wurden die Plakate weggeworfen, entsorgt oder schlicht überklebt. Es ist einem glücklichen Umstand zu verdanken, dass sich im Staatsarchiv Bamberg ein größerer Bestand an Flugschriften und Wahlplakaten aus dem Jahr 1924 erhalten hat. Im Februar 1924 erließ die Staatsregierung die Verordnung zum „Schutze der Wahlfreiheit“¹⁰. Darin war bestimmt, dass Plakate und Flugblätter vor der Verteilung der zuständigen Polizeibehörde (Polizeidirektionen, Stadtkommissare, Bezirksamter) „zur Kenntnisnahme“ vorzulegen waren. Die Umsetzung der Verordnung in die Verwaltungspraxis kann man an der der Ausstellung zugrundeliegenden Plakatsammlung gut nachvollziehen. Zuständige Polizeibehörde für das Stadtgebiet Bamberg war das Bezirksamt Bamberg II, Vorläufer des heutigen Landratsamts. Es war hauptsächlich mit der inneren Verwaltung im Gebiet der Landgemeinden links der Regnitz betraut. Der Amtsvorstand des Bezirksamts Bamberg II war aber zugleich in polizeilicher Funktion als Stadtkommissar für die Stadt Bamberg tätig. Der 1924 amtierende Vorstand Sebastian Fackelmann (1860–1934) prüfte die Plakate und brachte entsprechende Rückvermerke an. Die meisten Plakate tragen den Vermerk „ohne Erinnerung“; sie waren damit genehmigt. Die Behörde konnte die Verbreitung aber auch verbieten, wenn die Plakate zum Bruch der Verfassung oder zur ge-

¹⁰ Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern zum Schutze der Wahlfreiheit vom 22.2.1924, Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 45 (Zweites Blatt) vom 22. Februar 1924. (Abb. s. S.6).

waltsamen Störung der öffentlichen Ruhe aufriefen.¹¹ Diesen Passus nutzte man mit Blick auf die hier vorliegende Sammlung v.a. bei Plakaten der KPD. So lautet z.B. auf der Rückseite des Plakats „Fort mit den Dawes-Knechten“ (Kat.-Nr. 22; s. S. 84f.) der Vermerk, „durch Entschließung vom 13.11.24 für Oberfranken verboten“.



¹¹ Klaus Petersen, Zensur in der Weimarer Republik, Stuttgart-Weimar 1995.

Die Schutzmannschaften, denen die Plakate mit den entsprechenden Vermerken jeweils zur Kenntnis gegeben wurden, wurden angewiesen, das Plakat sofort abzureißen, wenn ein Anschlag versucht werde. Interessanterweise findet man ähnliche Verweise bei den Plakaten des Völkischen Blockes in der vorliegenden Sammlung nicht.¹²

Den Regeln der behördlichen Schriftgutverwaltung folgend, nahm der Bezirksamtmann je ein Exemplar der Plakate zu den Akten. Offensichtlich schien ihm die so entstandene Sammlung von besonderer geschichtlicher Bedeutung, denn bereits unmittelbar nach den Wahlen gab er „1 Bund Wahlplakate = 228 Stück“ an das Staatsarchiv Bamberg ab, das für die Archivierung der nicht mehr benötigten Unterlagen des Bezirksamts zuständig war und ist.¹³ Die Überlieferung ist in ihrer Art ungewöhnlich, denn in den Beständen des Staatsarchivs Bamberg ist nur vom Bezirksamt Bamberg II eine derartige Plakatserie – und auch nur für das Jahr 1924 – in diesem Umfang überliefert.¹⁴

Format und die meist schlechte Papierqualität von Plakaten stellen Archive bei der Erhaltung und Zugänglichmachung vor Herausforderungen. Um die Zugänglichkeit zu verbessern und zugleich die Originale zu schonen, wurden die Plakate des Bezirksamts Bamberg II im Jahr 2023 digitalisiert. Die hundertste Wiederkehr des Wahljahrs 1924 bot darüber hinaus einen Anlass für eine öffentliche Präsentation und Einordnung ausgewählter Stücke. Die Auswahl stellt die größeren Parteien des Weimarer Parteiensystems ins Zentrum. Sie deckten die wichtigsten politischen Strömungen der Gesellschaft ab. Die Ausstellung führt daher anhand dieser Plakate vor Augen, welche Parteien für die Republik eintraten, welche dies nur bedingt taten und welche Parteien gegen das republikanische System kämpften.

¹² Eine Ausnahme bildet das in der Ausstellung nicht gezeigte Plakat mit der Signatur Bezirksamt Bamberg II, Plakate 205, das aber nicht wegen des Inhalts nicht verbreitet werden durfte, sondern weil nicht ermittelt werden konnte, wer der Auftraggeber für die Anbringung sein sollte.

¹³ Staatsarchiv Bamberg, Staatsarchiv Bamberg Altregistrator 551; Ebd., Bezirksamt Bamberg II (K 5) 18441. (Abb. s. S. 41).

¹⁴ Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 1 – 223. – Die Serie führte bis zur Formierung als provenienzgerechter Selektbestand im Jahr 2023 die nun nicht mehr gültigen Signaturen Bezirksamt Bamberg II (K 5) 1830/1-228.

Der Republik treu. Verfechter der Demokratie: SPD und DDP

Die Revolution und die Ausrufung der Republik 1918 waren politisch von der SPD getragen worden.¹⁵ 1917 hatte sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) als progressiver linker Flügel abgespalten. Der Mehrheits-SPD gelang es jedoch, zusammen mit der USPD erste provisorische Regierungen zu bilden und schließlich mit Friedrich Ebert als Vorsitzendem an der Spitze im Reich die parlamentarische Demokratie einzuführen.

Die SPD stand damals für sozialpolitische Themen. So setzte sie arbeitsrechtliche Verbesserungen und die Einführung des Frauenwahlrechts durch. Die erste Regierungsbeteiligung 1919 setzte die Partei aber auch einem erheblichen Spannungsfeld zwischen sozialistischen Grundsätzen und einem Entgegenkommen gegenüber den bürgerlichen Parteien aus.

Bei den Landtagswahlen am 12. Januar 1919 hatte die SPD „als Exponentin einer Politik von Ruhe und Ordnung (...) in breitem Umfang auch bürgerliche Wählerschichten gewonnen“¹⁶. Allerdings konnte die bayerische SPD die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. So erlebte sie in der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung ein politisches Fiasko. Ihre Loyalität zum Staat trieb sie in ein „widernatürliches Bündnis mit bewaffneten Kräften der Reichswehr und der nationalen Rechten“¹⁷. Sie verlor die Zustimmung im linken Flügel der Partei. Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 musste sie daher eine Wahlschlappe einstecken. Dabei wurde offenkundig, dass weite Teile ihrer Wählerschaft zu den linksradikaleren Parteien USPD und KPD abgewandert oder der Wahl ferngeblieben waren.

Im Reich zog sich die Partei daraufhin aus der Regierungsverantwortung zurück. Auch in Bayern war sie seit 1920 nicht mehr Regierungspartei. Die innere Konsolidierung verlief zögerlich. Erst nachdem der

¹⁵ Heinrich August Winkler, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 3 Bde., Berlin u.a. 1984–1987.

¹⁶ Hartmut Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 5, München 1983, S. 287–432, hier S. 313.

¹⁷ Mehringer (wie Anm. 16) S. 314 f.

linke Flügel der USPD in der KPD aufging, fanden die gemäßigteren Anhänger den Weg zurück in die SPD. Sie trat ab Herbst 1922 und bei den Wahlen 1924 als „Vereinigte SPD“ (VSPD) auf (vgl. Kat.-Nr. 1).

In ihrem „Görlitzer Programm“ hatte die SPD 1921 die Republik wegen der geschichtlichen Ereignisse als einzige mögliche Staatsform bekräftigt. Sie hielt zwar noch am Klassenkampf fest, begriff sich jedoch mehr und mehr als Partei der gesamten arbeitenden Bevölkerung und als Verfechterin der Republik. Die Rückkehr des linken Flügels brachte einen erheblichen Mitgliederzuwachs, dann allerdings auch wieder einen stärkeren Linksruck. Als Milieupartei war die SPD in den Arbeitervereinen und in der Arbeiterkultur verwurzelt. Solange der Arbeiteranteil an der Bevölkerung hoch war, konnte sie auf stabile Mehrheiten hoffen. Sie blieb daher eine Partei der Städte und gewerblich-industriellen Räume, war aber durch die Gebundenheit an ein Milieu häufig isoliert.

Ihrer Wahlwerbung über die Plakate legte die SPD 1924 besonders die Furcht vor den Feinden der Republik und vor einem völkisch-nationalistischen Umsturz zugrunde. Das Gefühl der existenziellen Gefährdung der republikanischen Errungenschaften wird durch den Slogan „Deine Stimme fehlt noch! Es geht um alles!“ besonders deutlich (Kat.-Nr. 1). Der Betrachter wird mit dem persönlichen „Du“ unmittelbar angesprochen. An ihn richtet sich der mehr als eindringliche Appell, mit der eigenen Stimme den entscheidenden Unterschied zu machen und die Republik zu retten. Dabei spielen die republikanischen Staatsfarben Schwarz, Rot und Gold die entscheidende Rolle in der Farbgebung. Die politischen Alternativen – Hunger und Tod oder Frieden und Brot als Folgen nationalsozialistischer bzw. sozialdemokratischer Politik – machte die SPD mit dem Plakat „Die beiden Heere“ augenfällig (Kat.-Nr. 2). Deutlich grenzte sich die Partei in ihren Plakaten auch von den bürgerlich-konservativen Parteien ab, die man als heuchlerisch und falsch darstellte und denen man die Verantwortung für die bestehenden sozialen Probleme zuschrieb (Kat.-Nr. 3 und Kat.-Nr. 8).

Neben der SPD bekannte sich auch die Deutsche Demokratische Partei (DDP) klar zu den republikanischen Grundsätzen.¹⁸ In Bayern hatte sie sich 1918 in München und Nürnberg aus linksliberalen Strömungen heraus gegründet, trat für einen föderalen Einheitsstaat ein und begrüßte den Völkerbund als Institution eines friedlichen Interessensausgleiches. Ihr Parteiprogramm beinhaltete liberales wie soziales Gedankengut. Es sprach damit Vertreter des Bildungsbürgertums, Beamte, Freiberufler und liberale Juden an. Zunächst lehnte die DDP den Versailler Vertrag ab, stellte sich dann aber hinter dessen Erfüllung und sah sich deswegen starker Hetze der extremen Rechten ausgesetzt.

In keiner anderen Partei wurden individuelle Freiheit und soziale Verantwortung derart wertgeschätzt und die Werte der parlamentarischen Demokratie so gepflegt wie in der DDP. Es verwundert daher nicht, dass mit Hugo Preuß, Max Weber, Friedrich Naumann und Conrad Hauffmann wichtige Gründungsväter der Weimarer Verfassung aus den Reihen der DDP kamen.

Auf den gezeigten Plakaten warb die Partei mit einer positiven Sprache in Text und Bild für die Republik und zeigte sich offen für Modernisierungsprozesse (Kat.-Nrn. 5–7). Hier ging es um Aufwärtsbewegung und Zukunft, ganz besonders auch ausgedrückt durch die Berücksichtigung der Familie bzw. von Kindern als gesellschaftlichem Thema (Kat.-Nr. 7). Erkennbar bemühte sich die Partei, dies mit der subtilen Ansprache nationaler Bedürfnisse bürgerlicher Kreise zu verbinden, etwa indem sie sich ausdrücklich an „Deutsche“ Frauen und Mütter wandte oder den Begriff „Reich“ prominent verwendete.

Das Schicksal der Partei war fest verknüpft mit dem der Republik. Krisen, in denen die Republik bedroht war, führten zu einem Vertrauensverlust und zum Stimmenrückgang bei Wahlen. In Bayern stand die Partei vor besonderen Herausforderungen, da sie vor allem in den fränkischen Städten über Anhänger verfügte, weniger hingegen in den vielen ländlichen Regionen Bayerns.

¹⁸ Dieter Langewische, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. Main 1988. – Petrus Müller, Deutsche Demokratische Partei in Bayern (DDP), 1918–1930, publiziert am 08.01.2007. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutsche_Demokratische_Partei_in_Bayern_\(DDP\)_1918-1930](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutsche_Demokratische_Partei_in_Bayern_(DDP)_1918-1930) (zuletzt abgerufen am 8.2.2024).

Themenspot: „Frauen als Wählerinnen“

Seit dem 19. Jahrhundert setzten sich Frauenbewegungen zugunsten von politischen, sozialen und zivilen Bürgerrechten für Frauen ein.¹⁹ Das Wahlrecht für Frauen war in Deutschland eine Errungenschaft der Revolution von 1918. Am 12. November 1918 gab der Rat der Volksbeauftragten das gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht auch für Frauen bekannt. In Bayern wurde das in der Revolutionsnacht in Aussicht gestellte Frauenwahlrecht durch Verordnung vom 7. Dezember 1918 in Kraft gesetzt.²⁰

Bei den Wahlen zum Bayerischen Landtag am 12. Januar (Pfalz: 2. Februar) 1919 und zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 durften Frauen erstmals wählen. Damit war der Grundstein für ein neues Rollenverständnis der Geschlechter gelegt. Die „neue Frau“ trat – vor allem in Städten – zunehmend selbstbewusst auf und versuchte, ihr Leben selbstständig zu gestalten. Parteien begannen daraufhin, mit eigens gestalteten Plakaten um Frauen als Wählerinnen zu werben. Vor allem die SPD empfahl sich für die weibliche Wählerschaft durch ihre Rolle als Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht (Kat.-Nr. 8). Aber auch bürgerliche Parteien sprachen Frauen in ihrer Rolle, etwa als sorgende Mutter, gezielt an (Kat.-Nr. 7). Gerade die katholischen Milieuparteien konnten an eine lange Zusammenarbeit mit den katholischen Frauenverbänden anknüpfen (Kat.-Nr. 9).

Bei den Urnengängen schlug sich das Bemühen der Parteien auch entsprechend nieder. Frauen votierten überwiegend für die christlich ausgerichteten Parteien, insbesondere für Zentrum/BVP oder für die DNVP und in geringerem Maße für die übrigen gemäßigten Parteien.

Parlamentarierinnen setzten sich vor allem für Themen ein, die für Frauen von Bedeutung waren. Dazu zählte die soziale Gesetzgebung und die staatsbürgerliche Gleichstellung von Frauen. Schwerpunkte waren auch die berufliche Gleichstellung, die Erweiterung des Mutterschutzes, Belange im Erziehungswesen sowie Fragen des Ehe- und Familienrechts. Das zeigt auch die Gestaltung der ausgestellten Plakate. Parteien gingen davon aus, dass sich Frauen vor allem durch soziale und kulturelle Themen wie christliche Erziehung oder die Wahrung der Familienidylle mobilisieren ließen.

¹⁹ Helen Boak, Women in the Weimar Republic, Manchester u.a. 2013. – Barbara von Hindenburg, Die Auswirkungen des Frauenwahlrechts in der Weimarer Republik (12.11.2018) <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/frauenwahlrecht/279340/die-auswirkungen-des-frauenwahlrechts-in-der-weimarer-republik/> (zuletzt abgerufen am 25.1.2024).

²⁰ Dirk Götschmann, Wahlrecht (Weimarer Republik), publiziert am 22.11.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wahlrecht_\(Weimarer_Republik\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wahlrecht_(Weimarer_Republik)) (zuletzt abgerufen am 9.2.2024).

Katholisch, konservativ, traditionalistisch: Die Bayerische Volkspartei

Als bayerischer Vertreter des „politischen Katholizismus“ hatte sich 1918 in Regensburg die Bayerische Volkspartei (BVP) gegründet.²¹ Sie war in ihrer Zielsetzung deutlich konservativer als die reichsweit agierende Zentrumspartei und trat mit stark föderativen Forderungen auf. Die Partei propagierte eine bundesstaatliche Form der Reichsverfassung mit erweiterten Kompetenzen der Mitgliedsstaaten. Auf diesem Weg fanden auch die „Gefühlsmonarchisten“²² eine Heimat unter ihrem Dach.

Mit dem Eintreten für die Landtagswahlen positionierte sie sich in der Frühzeit gegen räterepublikanische Vorstellungen Kurt Eisners, ließ aber eine klare Trennlinie zum rechten Rand des Parteiensystems vermissen. In kulturellen Belangen stand die Partei auf dem Boden der christlichen Weltanschauung. Sie übernahm die politische Vertretung des katholischen Milieus, woraus ihre Stärke besonders in Regionen mit überwiegend katholischer Bevölkerung resultierte.

Die hohe Geistlichkeit und ein breites Netz an katholischen Vereinen und Organisationen sorgten auf der Grundlage der kirchlichen Verkündigungsinhalte für eine Verhaltenssteuerung und somit für einen lebenslangen Einfluss auf die Anhänger der Partei und förderten die Milieubindung. Je stärker Kirchlichkeit und Milieustrukturen ausgebildet waren, desto besser schnitt die Partei bei Wahlen ab. Ein Votieren für die Partei des politischen Katholizismus bedeutete dabei aber nicht zwangsläufig ein Bekenntnis zur Weimarer Republik, sondern

²¹ Winfried Becker, Ein bayerischer Sonderweg? Die Bayerische Volkspartei und die Republik von Weimar. In: Wolfram Pyta u. a. (Hrsg.), Die Herausforderung der Diktaturen. Katholizismus in Deutschland und Italien 1918–1943/45 (Reihe der Villa Vigoni 21), Tübingen 2009, S. 39–63. – Ders., Bayerische Volkspartei (BVP), 1918–1933, publiziert am 11.04.2016. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Volkspartei_\(BVP\)_1918–1933](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Volkspartei_(BVP)_1918–1933) (zuletzt abgerufen am 9.2.2024). – Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46), Düsseldorf 1972.

²² Schönhoven (wie Anm. 21) S. 25. Gemeint sind jene BVP-Politiker und Anhänger, die der neugegründeten Republik ablehnend gegenüberstanden.

erfolgte oft vor allem aufgrund kulturpolitischer Befindlichkeit.²³ Der BVP gelang es, die Verfechter nichtkatholischer Weltanschauungen und eine Beschneidung der katholischen Kirche als Bedrohung für das Vaterland darzustellen. Daher beurteilte die Partei politische Konkurrenten über ihr Verhältnis zur kirchlichen Weltanschauung. Alle „Irrlehren“ lehnte man in gleicher Weise ab. Egal ob Liberalismus, Sozialismus oder der aufkommende Nationalsozialismus – sobald sie eine Gefahr für katholische Wertvorstellungen waren, sah sich die Partei in der Rolle derjenigen, die das Vaterland abzuschirmen hatten (Kat.-Nrn. 11 und 12). Das Verhältnis dieser Parteien zu demokratischen Werten spielte dabei eine untergeordnete Rolle. Demgemäß setzte die BVP bei ihren illustrierten Plakaten auf traditionalistische Symbole der Stärke und der Verteidigung – etwa den Ritter, an dessen weißblauem Rautenschild die irrigen politischen Bewegungen abprallen, oder den bayerischen Löwen, der erhaben und unangefochten über der roten, kommunistischen Flut wacht. Da die Aussagen dieser Bilder für die Zeitgenossen selbsterklärend waren, erübrigten sich Textbestandteile, abgesehen vom Appell „Wählt Bayerische Volkspartei“. Auch das reine Textplakat „Zur Landtagswahl“ (Kat.-Nr. 10) war grafisch geschickt gestaltet. Durch den gezielten Einsatz von Anordnung, Größe und Stil der Schrift wurden Aufmerksamkeit und Interesse auf die Antworten der Partei zu den Fragen der Zeit gelenkt. Inhaltlich standen auch hier Stärke aufgrund einer breiten Mehrheit, christliche Prägung und traditioneller Patriotismus – auch als Mittel zur Überwindung des Klassenkampfes – als Vision im Fokus. Ein parlamentarisches System, das zu kleinteiligen politischen Verhältnissen, zu ergebnislosen Auseinandersetzungen und letztlich zur Handlungsunfähigkeit des Staates führte, wurde vor diesem Hintergrund kritisch bewertet.

Die Milieuverbundenheit war die größte Stärke, aber gleichzeitig auch die größte Schwäche der Partei. Während die BVP ihre Wählerschaft relativ konstant gegen extremistische Parteien von rechts und links sichern konnte, blieb ihr Einfluss in den nicht-katholischen Gegenden

²³ Thomas Breuer, *Verordneter Wandel? Der Widerstreit zwischen nationalsozialistischem Herrschaftsanspruch und traditionaler Lebenswelt im Erzbistum Bamberg* (Veröffentlichung der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 60), Mainz 1992, S. 51–59.

Bayerns gering. Je ländlicher und katholischer eine Region war, desto beeindruckender waren die Wahlergebnisse. Gleichzeitig war die BVP im protestantischen Franken eine unbedeutende Splitterpartei. Die Mehrheiten aus den katholisch geprägten Gebieten sicherten ihr allerdings von 1922 bis 1932 die Vorherrschaft in Bayern und Einfluss auch auf Reichsebene.

Vom Antirepublikanismus zur Regierungsbeteiligung: Nationalkonservative

Während die BVP das katholisch-konservative Milieu band, versammelte die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) Adelige, ehemalige Offiziere und ostelbische Großgrundbesitzer, in größerem Maße aber auch Intellektuelle, Großindustrielle, Beamte oder Bauern. In Bayern trat sie als Bayerische Mittelpartei (BMP) oder „DNVP in Bayern“²⁴ auf und war vor allem im ländlich-protestantischen Raum und in den ehemaligen protestantischen Residenz- und Reichsstädten zuhause. Anfangs umfasste die Partei sehr verschiedenartige und auch radikale Gruppierungen. Sie nahm jedoch durch die Gründung der NS-DAP und mehrere Abspaltungen in den frühen 1920er Jahren gemäßigtere Züge an. Mit anderen konservativ-nationalistischen Parteien konkurrierte sie um die Hoheit am rechten Rand des Weimarer Parteienspektrums. Das Fundament der Ideologie blieben konservativ-nationalstaatliche Traditionen mit republikfeindlicher Gesinnung. Endziel war die Wiederherstellung der preußischen Monarchie in ihrer letzten Ausprägung. Dies brachte die Partei auf ihren Plakaten bildkräftig etwa durch die positive Verwendung der Flaggenfarben des Kaiserreichs und des Reichsadlers sowie durch die Abwertung oder gar Verächtlichmachung der republikanischen Farben zum Ausdruck (Kat.-Nrn. 14, 16, 17). Ebenso deutlich wird die Ablehnung sozialistischer und kommunistischer Anschauungen, mit denen Verderben verbunden wird. Kraftvolle Aufwärtsbewegungen – symboli-

²⁴ Elina Kiiskinen, Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern (Bayerische Mittelpartei) in der Regierungspolitik des Freistaates während der Weimarer Republik (Schriftenreihe zur Bayrischen Landesgeschichte 145), München 2005.

siert durch den deutschen Michel auf einem Karren oder das Hissen der schwarz-weiß-roten Flagge – verbildlichen auf den Plakaten den Anspruch auf eine Verbesserung der Verhältnisse durch nationalistische Politik. Mit ihrer antisemitischen und antirepublikanischen Haltung warb die Partei in der Landtagswahl 1924 ausdrücklich, als sie gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei (DVP) als „Vereinigte Nationale Rechte“ antrat (Kat.-Nr. 15) – sicherlich auch in Reaktion auf den im Januar 1924 gegründeten „Völkischen Block“, der im völkisch-nationalistischen Spektrum als Konkurrenz auftrat. Dabei versuchte man auch, bayerischen Patriotismus und Nationalkonservativismus zu verbinden („Mit Weiß-Blau für Schwarz-Weiß-Rot!“).

Ihre größten Stärken hatte die DNV in der Oppositionsrolle. Hier konnte sie auf Reichsebene beispielsweise gegen die Erfüllungspolitik in Bezug auf den Versailler Vertrag, gegen sozialpolitische Maßnahmen oder gegen den Dawes-Plan wettern, der 1924 die weitere Zahlung der Reparationen sicherstellen sollte. In der bayerischen Landesregierung stellte die Partei dagegen seit 1920 auch Minister. Innerparteilicher Druck durch bürgerliche und wirtschaftliche Interessensverbände führten im Sommer 1924 im Reich zu einer Kehrtwende. Ein Teil der Reichstagsfraktion gab den Widerstand gegen die Regierungsparteien und die Dawes-Gesetze auf und war bereit, Regierungsverantwortung in der Republik zu übernehmen. Durch komplizierte Verhandlungen nach den Dezemberwahlen gelang der DNV im Januar 1925 tatsächlich die Beteiligung an der Reichsregierung.

Themenspot: „Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot“

Im Wahlkampf dienten Symbole sowohl zur Identifikation als auch zur Abgrenzung. Sehr deutlich wird dies beispielsweise bei der Verwendung der Flaggenfarben.

Die drei waagrechten Streifen in den Farben Schwarz-Weiß-Rot waren von 1871 bis 1919 die Nationalflagge des Kaiserreichs. Die Nationalversammlung ersetzte sie 1919 durch die Farben Schwarz-Rot-Gold – in Anlehnung an die demokratische Revolution von 1848. Die gänzliche Trennung vom Kaiserreich fiel jedoch schwer. So blieb die alte Reichsflagge als Handelsflagge erhalten.

In der Verehrung der jeweiligen Flagge kam die Polarisierung in der Gesellschaft zum Ausdruck. Konservativ-nationalistisch Gesinnte wählten die alte Reichsflagge, weil sie darin die Stärke des Kaiserreichs symbolisiert sahen. Dies sticht auf Plakaten der DNVP, des Völkischen Blocks und der NSFB ins Auge (Kat.-Nrn. 16, 18, 23, 26). Für sie war die Flagge der Republik ein Symbol der Schwäche und des Verrats, was die DNVP zusätzlich durch die zeichenhafte Abwertung der Farben Schwarz-Rot-Gold zum Ausdruck brachte (Kat.-Nrn. 16, 17).

Republikanhänger luden die Flaggensymbolik in gegenteiliger Weise ideologisch auf und verbanden die alte Reichsflagge mit der nicht vorhandenen Volkssouveränität im Kaiserreich und den Schrecken des Krieges. So bekannten sich SPD und DDP mit den Farben Schwarz-Rot-Gold für den demokratischen Neuanfang und für die Werte der Republik (Kat.-Nrn. 1, 5, 6, 7).

Feinde der Republik von links: Die KPD

An der Jahreswende 1918/19 war in Berlin aus dem „Spartakusbund“ die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) hervorgegangen.²⁵ Im Gegensatz zur SPD vertrat sie einen entschiedeneren, radikaleren Sozialismus. Sie positionierte sich damit gegen die SPD, die in ihren

²⁵ Hermann Weber – Jakov Drabkin – Bernhard H. Bayerlein – Aleksandr Galkin (Hrsg.), Deutschland, Russland, Komintern. I. Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943), Berlin u.a. 2014.

Augen die Interessen des Proletariats zugunsten von Kompromissen mit bürgerlichen Vertretern verraten hatte. Deshalb lehnte die KPD auch die bürgerlich-demokratische Republik grundlegend ab. Sie strebte stattdessen eine sozialistische Räterepublik an.

Zwar erhielt die KPD bei den Reichstagswahlen von 1920 nur zwei Prozent der Stimmen. Jedoch war sie durch ihre gewaltsamen Umsturzversuche in Berlin und München (1919), im Ruhrgebiet (1920), in Thüringen und im Vogtland (1921) und nochmals Thüringen, Sachsen und Hamburg (1923) in der Öffentlichkeit allgegenwärtig. Infolge der Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD erhielt sie im Dezember 1920 einen größeren Mitgliederzuwachs.

Nachdem die Kommunistische Internationale die Krise der Weimarer Republik im Oktober 1923 für einen gewaltsamen Umsturz nutzen wollte („Deutscher Oktober“), war die KPD in Bayern vom 11. November 1923 bis zum 26. Februar 1925 verboten.²⁶ Trotz des Verbots räumte die Weimarer Reichsverfassung Parteien aber die Möglichkeit ein, sich bei Wahlen zu beteiligen.

In der Plakatgestaltung finden sich zahlreiche Illustrationen und radikale Parolen, die die Frontstellung gegenüber anderen Parteien zeigen (Kat.-Nrn. 19, 20) oder gegen politische Entscheidungen der Reichsregierung wie beispielsweise das Dawes-Abkommen polemisierten (vgl. Kat.-Nrn. 21, 22). Eine martialische Sprache in Bild und Text prägt die Plakate der KPD. Sie rief zum Kampf gegen gefahrbringende Widersacher auf, wobei die Illustrationen dies als gewaltsames Vorgehen gegen furchteinflößende Ungeheuer darstellten. Rot war die einzige verwendete Farbe, die im Kontrast mit Weiß und Schwarz genutzt wurde.

Auch in Bayern hatte die Partei Fuß gefasst. Sie unterhielt in den meisten größeren Städten Ortsgruppen und war zum „eigentlichen Ex-

²⁶ Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 5, München 1983, S. 1–286. – Friedbert Mühlendorfer, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), 1919–1933/1945–1956, publiziert am 11.07.2007. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kommunistische_Partei_Deutschlands_\(KPD\),_1919–1933/1945–1956](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kommunistische_Partei_Deutschlands_(KPD),_1919–1933/1945–1956) (zuletzt abgerufen am 9.2.2024).

ponenten des bayerischen Radikalismus²⁷ geworden. Die Ausrufung der Räterepublik und die traumatischen Ereignisse bei ihrer Niederschlagung führten zu einer Stigmatisierung. So wurde die radikale Linke besonders streng überwacht und unterlag Einschränkungen ihres Versammlungs- und Publikationswesens durch die Behörden. Beispielsweise verweigerte die Stadt Forchheim die Erlaubnis zum Anschlagen des Plakats „Genosse hilf mit! Gemeinsam bezwingen wir sie!“ (Kat.-Nr. 20), mit dem die KPD zum Kampf gegen die Nationalsozialisten aufrief. Die Stadtverwaltung schaltete die Polizei ein, die das Plakat wegen Aufwiegelung zum Klassenkampf beschlagnahmte. Die Staatsanwaltschaft Bamberg stellte das Verfahren jedoch ein, da die Plakate noch nicht in Verkehr gebracht worden waren. Das Anschlagen der Plakate „Für den Befreiungskampf!“ (Kat.-Nr. 19) und „Fort mit den Dawes-Knechten“ (Kat.-Nr. 22) untersagten die Behörden für den gesamten Regierungsbezirk.

²⁷ Mehringer (wie Anm. 26) S. 6.

Themenspot: „Dawes-Plan“

Der Versailler Vertrag von 1919 stellte die Verantwortung Deutschlands und seiner Verbündeten für den Ersten Weltkrieg fest. Auf dieser Grundlage verpflichtete sich Deutschland, für die Schäden der ehemaligen Kriegsgegner finanziell aufzukommen. Die Höhe dieser Reparationszahlungen war im Vertrag nicht festgelegt, sondern wurde erst in der Folge bestimmt. Sowohl die Frage der Kriegsschuld als auch das Ausmaß und die Umsetzung der Zahlungspflicht trugen maßgeblich zur politischen Radikalisierung und zur Ablehnung der Republik durch die extremen Lager bei.

So führten die außenpolitischen Auseinandersetzungen um die Reparationen 1923 zum Ruhrkampf und zur Hyperinflation – mit wirtschaftlich und gesellschaftlich fatalen Folgen für die deutsche Bevölkerung. Mit der Währungsreform vom November 1923 schuf die Reichsregierung die Voraussetzungen für eine Neugestaltung der Reparationszahlungen. Eine unabhängige Expertenkommission unter der Leitung des amerikanischen Bankiers Charles Dawes legte am 9. April 1924 einen neuen Finanzierungsplan vor. Dieser knüpfte die Reparationszahlungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Deutschen Reichs, bestimmte allerdings weder zeitliche Grenzen noch deren Gesamtsumme. Zudem stellte er Reichsbahn und Reichsbank unter internationale Kontrolle.

Gegenüber den bestehenden Reparationsregelungen hatte der neue Plan durchaus Vorteile. Für die Annahme durch Deutschland bedurfte es jedoch einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Reichstag. Sie war nur unter Mühen zu erreichen. Extremisten und Konservative bekämpften den Plan und hetzten gegen die Annahme. So waren die Dawes-Gesetze im Wahlkampf 1924 auf den Plakaten der Kommunisten ein zentrales Thema (Kat.-Nrn. 21, 22), spielten aber beispielsweise auch im Wahlauftruf der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands (NSFB) eine wichtige Rolle (Kat.-Nr. 26).

Schließlich lenkte der gemäßigt-industrielle Flügel der DNVP ein, da er die Vorteile des Planes für die deutsche Wirtschaft und die Zusicherung der Franzosen, die Ruhrbesetzung zu beenden, honorierte. Nur dadurch konnte der Dawes-Plan bei der Abstimmung im Reichstag am 29. August 1924 angenommen und seine Umsetzung eingeleitet werden.

In den folgenden Jahren stießen die durch den Dawes-Plan zugesicherten ausländischen Kredite einen wirtschaftlichen Aufschwung an und vergrößerten das deutsche Produktionsvolumen beträchtlich.

Feinde der Republik von rechts: Völkische Nationalisten als Nachfolger der verbotenen NSDAP

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs kam eine neue politische Strömung auf, die zwar national und revolutionär war, aber keine Wiederherstellung des Kaiserreichs anstrebte. Stattdessen wollten ihre Vertreter ein neues Zeitalter einleiten, in dem das deutsche Volk in einem neu geschaffenen, rassistisch reinen „Dritten Reich“ eine ruhmvolle Zukunft haben sollte.²⁸ Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) ging im Februar 1920 aus der Deutschen Arbeiterpartei hervor und war ganz an der Person Adolf Hitlers ausgerichtet. Ihr Weltbild gründete sich stark auf Theorien der Rassenlehre. Sie trat für eine Außenpolitik ein, die die Territorialgrenzen des Versailler Vertrags nicht anerkannte und deutsche Expansionsbestrebungen befeuerte. Nationalsozialisten bekämpften die Republik ebenso wie die Parteien, die das politische System stützten. Dass für sie Gewalt und Eroberung legitime politische Mittel waren, zeigte ihr Auftreten in der Öffentlichkeit. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung war der Hitler-Ludendorff-Putsch vom 8./9. November 1923. Nach dessen Scheitern und dem Verbot der NSDAP organisierten sich ihre Anhänger neu.

Für die Landtagswahlen im Frühjahr 1924 gründeten der Landtagsabgeordnete Dr. Alexander Glaser (1884–1934) von der DNVP, der ehemalige Weltkriegsgeneral Rudolf von Xylander (1872–1946) und der Jurist und Bibliothekar Dr. Rudolf Buttmann (1885–1947) am 7. Januar 1924 in Bamberg den Völkischen Block.²⁹ Diese nationalsozialistische

²⁸ Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalsozialismus zwischen 1918 und 1933, 3. Aufl. München 1978. – Paul Hoser, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), 1920–1923/1925–1945, publiziert am 12.02.2007. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei_\(NSDAP\)_1920-1923/1925-1945](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei_(NSDAP)_1920-1923/1925-1945)> (zuletzt abgerufen am 9.2.2024).

²⁹ Robert Probst, Völkischer Block in Bayern (VBl), 1924/25, publiziert am 02.08.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Völkischer_Block_in_Bayern_\(VBl\)_1924/25](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Völkischer_Block_in_Bayern_(VBl)_1924/25) (zuletzt abgerufen am 9.2.2024).

Dachorganisation stand stärker unter gemäßigt-bürgerlichem Einfluss und lehnte daher ein parlamentarisches Engagement nicht strikt ab. Der Völkische Block berief sich aber auf Hitler und bekräftigte den Willen, das parlamentarische System abzuschaffen.

Der Völkische Block konnte auf die Organisationsstrukturen der fränkischen Nationalsozialisten und auf finanzielle Mittel zurückgreifen. Er entfaltete daher bei den Landtags- und Reichstagswahlen am 6. April bzw. 4. Mai 1924 eine intensive Propaganda. Zu den Hauptthemen gehörten Antisemitismus und Antirepublikanismus (Kat.-Nrn. 23 und 24). Er versuchte, seine Wählerschaft emotional sowohl über die Sehnsucht nach einem neuen, freien Leben ohne Fesseln (Kat.-Nr. 23) als auch über wirkmächtige Bilddarstellungen der vermeintlichen Missstände (Kat.-Nr. 24) anzusprechen und zu mobilisieren. Die gezeigten Plakate wirken durch ihre schiere Größe, ihre Symbolik und den Illustrationsstil sowie durch die prägnanten Textelemente wuchtig.

Trotz des guten Abschneidens bei den Urnengängen im Frühjahr führten Streitigkeiten in der völkischen Bewegung zum Zerfall der Blockbildung. Bis zum Herbst 1924 kam es zu einer Frontstellung. In Südbayern, Franken und Thüringen führten Julius Streicher (1885–1946) und Hermann Esser (1900–1981) die Großdeutsche Volksgemeinschaft (GVG) mit mittelständisch-kleinbürgerlicher Zielsetzung.³⁰ Sie lehnten ein Engagement in der Republik weiterhin strikt ab und traten nur bei den Kommunalwahlen an (Kat.-Nr. 25). Ihr gegenüber stand das Fraktionsbündnis Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB), das die Reste des Völkischen Blocks eingliederte. Die NSFB trat auch bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember an (Kat.-Nr. 26). Auf dem Textplakat zu den Reichstagswahlen warb sie mit Haken-

³⁰ Robert Probst, Großdeutsche Volksgemeinschaft (GVG), 1924/25, publiziert am 02.08.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Großdeutsche_Volksgemeinschaft_\(GVG\)_1924/25](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Großdeutsche_Volksgemeinschaft_(GVG)_1924/25) (zuletzt abgerufen am 9.2.2024).

kreuz und den Flaggenfarben des Kaiserreichs. Die großgedruckten Begriffe machen deutlich, dass es der Partei um Kampf und Befreiung auf der Grundlage des völkischen Willens ging. Man stellte zur Begründung den Kampfbegriff der „Kriegsschuldlüge“ heraus. Mit ihm wurde die alleinige Verantwortung des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten am Ersten Weltkrieg, wie sie im Versailler Vertrag festgehalten war, in polemischer Weise als Lüge dargestellt. Dies diente als zentrale Begründung für das Vorgehen gegen die Republik, die deutschen Gebietsverluste und die Reparationsleistungen. Führende Nationalsozialisten reagierten jedoch mit Ablehnung auf den Aufruf. Auch die Wählerinnen und Wähler überzeugte die NSFB nicht. Die internen Auseinandersetzungen und die einsetzende wirtschaftliche Besserung führten zu einem deutlichen Stimmenrückgang bei den Wahlen am Jahresende.

Die Wählerschaft entscheidet – die Wahlergebnisse

Die bayerischen Landtagswahlen vom 6. April bzw. 4. Mai 1924 (in der Pfalz) standen noch ganz unter dem Eindruck der aufgeheizten Stimmung der vergangenen Monate. Von der politisch instabilen und wirtschaftlich bedrohlichen Lage profitierten vor allem die radikalen Parteien von rechts und links. Der Völkische Block (VBL) erreichte auf Anhieb 17,1 Prozent der Stimmen, in Oberfranken sogar 26,4 Prozent.³¹ Stimmengewinne erzielte auch die Kommunistische Partei Deutschlands (8,3 Prozent).

Zu den Verlierern der Landtagswahl gehörten dagegen die Deutsch-nationale Volkspartei (DNVP), die zusammen mit der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) als Vereinigte Nationale Rechte (VNR) eine Liste gebildet hatte (-2,5 Prozent) und die bürgerlich-konservative Bayerische Volkspartei (BVP) (-6,6 Prozent). Die ausdrücklich republiktreuen Parteien schnitten ebenfalls schlechter (DDP mit

³¹ Rainer Hambrecht, Die braune Bastion. Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1922–1924) (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte 17), Nürnberg 1976 (Nachdruck 2017), S. 67 f. – Dirk Götschmann, Landtagswahlen (Weimarer Republik), publiziert am 22.11.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landtagswahlen_\(Weimarer_Republik\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landtagswahlen_(Weimarer_Republik)) (zuletzt abgerufen am 18.1.2024).

Deutschem Bauernbund -4,9 Prozent) oder nur unwesentlich besser als bei der letzten Wahl ab. So konnte die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (VSPD) zwar einen Stimmenzuwachs von 0,8 Prozent verbuchen, was angesichts der Vereinigung mit der USPD jedoch gering erscheint.

Landtagswahlergebnisse 6. April/4. Mai 1924 in Oberfranken und Bayern³²

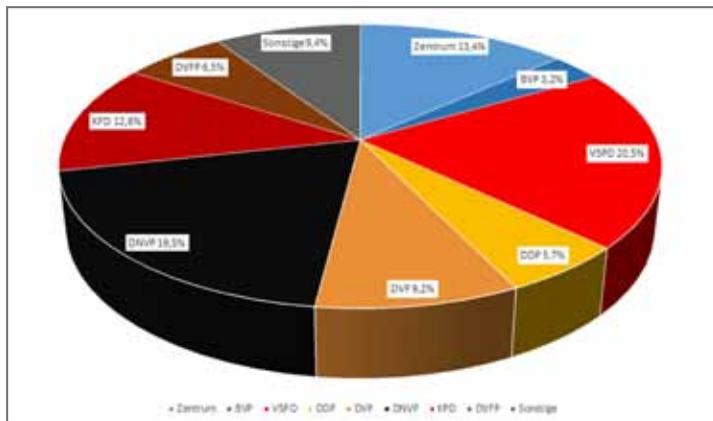
	BVP	VSPD	VBI	VNR (DNVP + DVP)	KPD	Deutscher Block (DDP + Deutscher Bauernbund)	Sonstige
Ober- franken	23,9	24,5	26,4	12,7	5,1	2,1	5,3
Bayern ges.	32,9	17,2	17,1	9,4	8,3	3,2	11,9

Der Trend setzte sich – in gedämpfter Weise – auch bei den vier Wochen später stattfindenden Reichstagswahlen fort. In Oberfranken votierten 24,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Nachfolgeorganisation der NSDAP – fast viermal so viele wie für die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) auf Reichsebene (6,5 Prozent). Dafür fiel die Stimmabgabe für die KPD mit 4,4 Prozent nun deutlich geringer aus (12,6 Prozent im Reich). Im Reich legte die DNVP zu (+4,1 Prozent). Verlierer der Wahl waren, wie bereits bei den Landtagswahlen, SPD, DDP, DVP und Zentrum/BVP. Dies zeigt, wie wenig gefestigt Vertrauen und Zuneigung breiter Kreise der Bevölkerung in die parlamentarische Demokratie im Wahljahr 1924 waren.

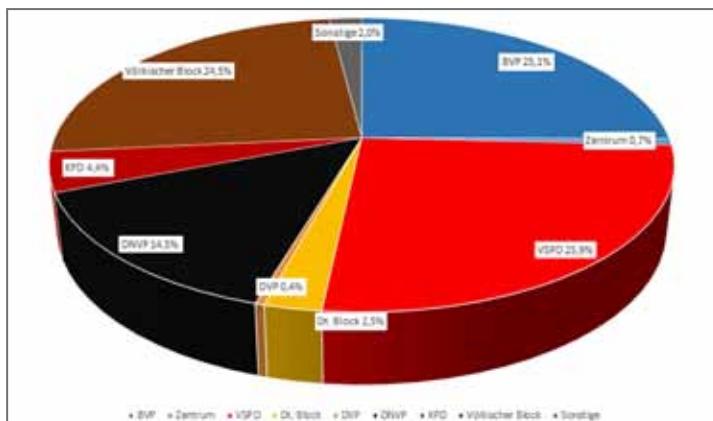
³² Daten nach: Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch, Band 16, München 1924, S. 475.

Mai 1924

Wahl zum 2. Deutschen Reichstag (4. Mai 1924) – Wahlergebnisse **Reich**³³



Wahl zum 2. Deutschen Reichstag (4. Mai 1924) – Wahlergebnisse **Oberfranken**³⁴



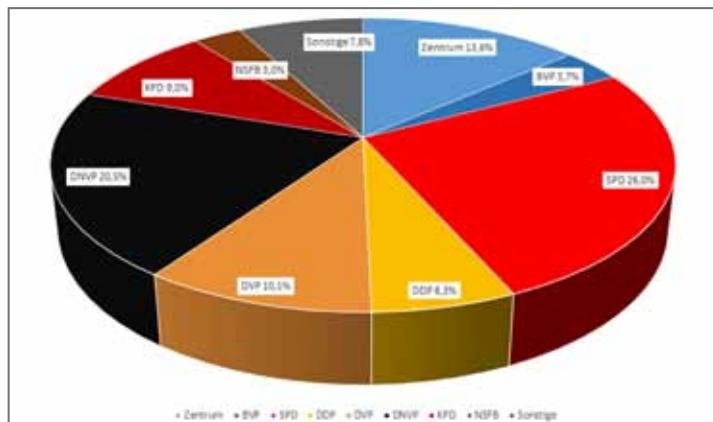
³³ Daten nach: Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Band 44, Berlin 1925, S. 390 f.

³⁴ Daten nach: Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch, Band 16, München 1924, S. 452 f.

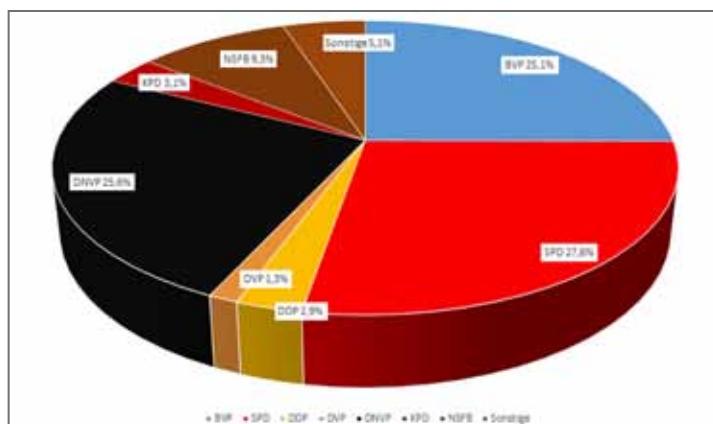
Sicherlich waren die Ergebnisse als Ausdruck des Protests zu verstehen, in dem die krisenhafte Zeit der vorangegangenen Monate sowie des Krisenjahres 1923 nachhallte. Bis zu den Reichstagswahlen am 7. Dezember gewannen die „großen Parteien“ der Mitte allerdings Wählerinnen und Wähler zurück. Die Wirtschaft erholte sich und die völkische Bewegung zerstritt sich untereinander. Der Stimmenverlust der Nationalsozialisten am Jahresende kam ebenso rasch wie der Aufschwung im Frühjahr gekommen war. Er war erheblich. Auf Reichsebene erlangten sie nur noch 3 Prozent. Allerdings schnitten sie in Oberfranken mit 9,3 Prozent der Stimmen immer noch deutlich besser ab. Verringert hatte sich auch der Stimmanteil der KPD in Oberfranken (3,1 Prozent), die auf Reichsebene noch 9 Prozent erhielt. Stimmengewinne verzeichneten bei den Wahlen am Jahresende die Parteien, die sich zur Republik bekannten: SPD +5,5 Prozent, Zentrum/BVP zusammen +0,7 Prozent, DDP +0,6 Prozent und DVP +0,9 Prozent. Die DNVP konnte sich um +1,0 Prozent verbessern. Dass die neue Reichsregierung 1924/25 erstmals unter Beteiligung der DNVP gebildet wurde, bedeutete zwar einen weiteren Rechtsruck. Diesen hatten jedoch bereits die Reichstagswahlen 1920 eingeleitet, bei denen die Parteien der Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und linksliberaler DDP ihre Mehrheit verloren hatten.

Dezember 1924

Wahl zum 3. Deutschen Reichstag (7. Dezember 1924) – Wahlergebnisse Reich³⁵



Wahl zum 3. Deutschen Reichstag (7. Dezember 1924) – Wahlergebnisse Oberfranken³⁶



³⁵ Daten nach: Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Band 44, Berlin 1925, S. 392 f.

³⁶ Daten nach: Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch, Band 17, München 1926, S. 602 f.

Rep. 168 II Bez. A. Bamberg II.	Lagerort: Gest. (100) Fach 16 (Jedes einzelne Stück trägt die Nr. an der rechten unteren Ecke.)
V e r s e i c h n i s	
Über	
die mit Siegelbogen vom 7. Januar 1928 Nr. 3007 D.J. vom Stadtkommissär in Bamberg abgegebenen Aufrufe, Flugblätter, Wählerlisten, Wahlplakate etc. und hierzu gehörige Schriftstücke, gelegt nach den Parteien, Vereinen etc.	
Lfd. Nr.	Vortrag
1	Allgemeiner Mieterverein.
2	Aufruf des Stadtkommissärs vom 13. 11. 1923.
3	Aufwertungs- und Sparerverein.
4 - 25	Bayerische Volkspartei.
26 - 27	Bayerischer Heimat- und Königsbund.
28	Bayerischer Bauern- und Mittelstandsband.
29 - 30	Bayerischer Mittelstandsband.
31	Bund der Kaufmannsjugend im deutschen Handlungsgehilfenverband
32	Christliche soziale Partei.
33 - 52	Deutsche-Nationale Volkspartei.
53 - 57	Deutsche Arbeiter-Partei.
58 - 68	Deutsche Demokratische Partei.
69 - 70	Deutscher Block in Bayern.
71	Deutscher Metallarbeiter-Verband.
72	Festungswehr - Heimatfest Coburg 6.-8. Sept. 1924.
73	Gemeindebesitzverein Bamberg.
74	Gläubigerschutzverband Bayreuth und Umgebung.
75	Großdeutsche Zeitung.
76	Grund- und Hausbesitzerverein.
77	Hubertusring.
78 - 101	Kommunistische Partei.
102 - 108	Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
109	Reichsbund der Kräftebeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.
110	Rentenempfänger.

An das Staatsarchiv Bamberg abgegebene Wahlplakate (Staatsarchiv Bamberg, Staatsarchiv Bamberg Altregistratur (K 515) 551; s. S. 21 und Anm. 13)

Katalog

1 DEINE STIMME FEHLT NOCH! ES GEHT UM ALLES!

Wahlplakat der VSPD, 1924

Die obere Hälfte des Plakats dominiert das Gesicht eines jungen Mannes mit weit aufgerissenen Augen und offenem Mund. Er scheint in Eile zu sein. In der linken Hand schwingt er die republikanische Fahne Schwarz-Rot-Gold, den rechten Arm streckt er dem Betrachter auffordernd entgegen. Darunter findet sich der optisch in Schwarz und Rot gehaltene Schriftzug „DEINE STIMME FEHLT NOCH. ES GEHT UM ALLES! WÄHLE V.S.P.D.“. Im Vergleich zum übrigen Text stechen dabei durch die vergrößerte Schrifttype und die farbige Heraushebung von Anfang („DEINE“) und Schluss („V.S.P.D.“) heraus. Der auffordernde Charakter des Plakats an Wählerinnen und Wähler, bei den anstehenden Wahlen die Stimme der V.S.P.D. zu geben, wird so nicht nur in der Gestik des jungen Mannes, sondern auch im Schriftbild entschieden betont.

Nach der Wiedervereinigung mit dem gemäßigte Flügel der USPD 1922 trat die SPD bei den Wahlen 1924 als V.S.P.D. an („Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands“). Mit dem Plakat positionierte sich die Partei ein weiteres Mal überdeutlich als Stütze der Republik. Gerade nach den krisenhaften Erfahrungen des Jahres 1923 trägt sie offensiv ihre Sorge um den Zustand der Demokratie vor. Der Appell an den Wähler lautet ganz klar. Gib deine Stimme der VSPD und setze dich aktiv für den Erhalt der Republik ein, sonst droht ein politisches Abgleiten in die Hände radikaler Kräfte von links und rechts und damit ein Umsturz.

Plakat, Papier, 69 x 51,5 cm, Herausgeber: VSPD, Druck: Plakatkunstdruck Eckert, Berlin-Schöneberg. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 118.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



2 DIE BEIDEN HEERE

Wahlplakat der SPD, 1924

In ausdrucksstarker Symbolik stellt der Künstler in diesem Plakat aus Sicht der Sozialdemokraten die Folgen nationalsozialistischer und sozialdemokratischer Politik gegenüber. Er setzt in seiner Zeichnung dabei allein auf die Farbe Schwarz. Die Komposition ist symmetrisch und zentralperspektivisch aufgebaut; am Fluchtpunkt in der Mitte des Plakats, an dem „DIE BEIDEN HEERE“ sich verbinden, ragt ein über großes Ausrufezeichen heraus – als Warnung und als Aufforderung, sich für die „richtige“ Seite zu entscheiden.

Die linke Seite zeigt am Ausgangspunkt zunächst Kanonen, dann in Reih und Glied marschierend, in voller Kriegsmontur angetretene Soldaten mit geschulterten Bajonetten. Die Konturen werden deutlicher und größer, je mehr sie sich dem Betrachter nähern. Die Gesichter sind ausdruckslos schemenartig, auf den Köpfen tragen die Soldaten Helme mit dem Hakenkreuzsymbol. Angeführt werden sie vom Tod in Generalsuniform mit einem Säbel, auf einem Pferd sitzend. An dem Heer entlang zieht sich ein niedergetrampelter Stacheldrahtzaun, im Vordergrund sind zwei Frauen zu sehen. Sie trauern um eine in einer Blutlache liegende männliche Person, möglicherweise Ehemann und Vater, dahinter im Stacheldraht erkennt man eine weitere verletzte Person. Auf dem Boden liegen abgeknickte und niedergetretene Getreideähren. Darunter der Spruch „Hunger u[nd] Tod“.

Auf der rechten Bildseite sieht man Menschen, die Häuser bauen, Industriearbeiter, Handwerker, Bauern und ganz vorne eine Mutter mit Kind sowie einen Krug, einen angeschnittenen Brotlaib und aufrecht stehende Getreideähren. Als Dachbekrönung, die der Szene nach oben hin einen Abschluss gibt, wählt der Künstler hier ein Heer von Sensen; als Gegensatz dazu auf der linken Seite den aus der verbrannten Erde aufsteigenden Rauch. Die Lösung für die Arbeiter, Handwerker, Angestellten und Bauern lautet „Frieden u[nd] Brot!“

Mit den Wahlen des Jahres 1924 jährte sich der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zum zehnten Mal. Dies nahmen vor allem die Sozialdemokraten zum Anlass, an die Auswirkungen des Krieges zu erinnern

und pazifistische Themen zu einem Schwerpunkt ihres Wahlkampfes zu machen. In dem Plakat werden die Gefahren thematisiert, die eine Regierungübernahme nationalsozialistischer Kräfte mit sich bringen würde.

Plakat, Papier, 79 x 99 cm, Herausgeber: SPD, Druck: Jos. Hesse GmbH, Fürth. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 142.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



3 WAS UNS HELFEN KANN

Textplakat der SPD zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924

Parallel zu bildmächtigen Plakaten mit aufgeladener Symbolik hatten auch Textplakate einzelner Parteien ihren Platz in den Wahlkämpfen des Jahres 1924. Mit dem hier gezeigten Plakat zielt die SPD auf die völkischen, aber auch die deutschnationalen Kreise, die zunächst vorgaben, unter den Farben der Republik Schwarz-Rot-Gold die Einheit der Nation, die innere Ordnung und die Freiheit im Land wiederherstellen zu wollen. Diese Kräfte folgten nun aber den Idealen des untergegangenen Kaiserreichs, symbolisiert durch die Farben Schwarz-Weiß-Rot. Was der Demokratie helfen kann, so die Botschaft des Plakats, ist die Bloßstellung der „Heuchler“ und die Wahl der Sozialdemokraten, die tatsächlich hinter den republikanischen Idealen stehen.

Als Musterbeispiel eines solchen Heuchlers nennt das Plakat den als „Reichsführer der Völkischen“ betitelten Reinhold Wulle (1882–1950). Dieser hatte als Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, einer extrem nationalkonservativen Zeitung, am 16. November 1918 in einem Leitartikel die auf dem Plakat wörtlich zitierte Passage formuliert: „Helfen kann uns nur die befreende schwarz-rot-goldne Tat zur Einheit, Ordnung und Freiheit.“ In diesen Farben sei die Einheit des deutschen Volkes – womit möglicherweise auf ein neues Groß-Deutschland angespielt wird – versinnbildlicht, „unseretwegen auch im Zeichen der Demokratie“. Das konnte man damals als – wenn auch schmallippiges – Bekenntnis zur Demokratie lesen. Es sei aber unter den aktuellen Gegebenheiten, unter denen dieselben Kreise die Farben Schwarz-Rot-Gold ablehnten, pure Heuchelei, so die Interpretation der SPD. Sie verdeutlicht dadurch ihre klare Frontstellung zu den völkisch-rechtskonservativen Kreisen.

1920 wurde Reinhold Wulle nach Annahme eines Reichstagsmandats für die DNVP bei der Deutschen Zeitung entlassen. Er war später an der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft beteiligt, aus der die radical völkisch-antisemitische DVFP (Deutsch-Völkische Freiheitspartei) hervorging. Die DVFP bildete für die Reichstagswahlen im Mai

1924 eine Listengemeinschaft mit Ersatzorganisationen der verbotenen NSDAP, auch Wulle gewann ein Reichstagsmandat.

Plakat, Papier, 99,5 x 70 cm, Herausgeber: SPD, Druck: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH, Nürnberg, Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 132.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



4 Der Feind steht rechts

Wahlplakat der SPD, um 1921, hier: Bamberg, Dezember 1924

Gleichzeitig mit der Reichstagswahl in Deutschland fanden am 7. Dezember 1924 in Bayern Gemeindewahlen statt. Im Vorfeld dieser Wahlen reichten Verantwortliche der SPD im Bamberger Land bei dem zuständigen Bezirksamt Bamberg II ein Plakat zur Genehmigung ein. Mit dem auf der Rückseite angebrachten Vermerk „Ohne Erinnerung“ wurde dessen öffentliche Anbringung bewilligt und dies anschließend der Polizeiinspektion Bamberg zur Kenntnis gebracht. Ein Exemplar des Plakats verblieb als Beleg in der Registratur des Bezirksamts Bamberg II.

Der große Schriftzug in der unteren Hälfte „Wählt Sozialdemokraten“ weist das bereits seit 1921 verwendete Plakat als Wahlwerbung der Sozialdemokraten aus. Schon früh in den Weimarer Jahren kämpfte die SPD politisch nicht nur gegen die extremen „Linken“, sondern wies auch auf die Gefahren durch die „Rechten“ hin. Zum „geflügelten Wort“ wurde dabei die Parole „Der Feind steht rechts“ des MSPD-Abgeordneten Philipp Scheidemann in einer Reichstagsrede vom 7. Oktober 1919. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass die Feinde der demokratischen Weimarer Republik vor allem in völkisch-nationalistischen Kreisen zu suchen seien. Das Plakat bedient sich des politischen Schlagworts und verstärkt die Aussagekraft zusätzlich durch die – im Unterschied zur unteren Bildhälfte – gewählte Schrift, der „altdeutschen“ Kurrent- bzw. Sütterlinschrift. Die „Rechten“ werden so als rückwärtsgewandt, altbacken und unmodern charakterisiert. Diesen Eindruck verstärkt ein auf der rechten Seite des Plakats in brauner Uniform und mit Stahlhelm dargestellter, „hurrah“ rufender Zinnsoldat. Er trägt eine Hakenkreuzarmbinde in schwarz-weiß-rot, hält in der rechten Hand eine Fahne mit Hakenkreuzwimpel und in der linken Hand einen Schlagstock. Auch wenn diese Spottfigur um 1921, als dieses Motiv von der SPD bereits einmal verwendet worden war, eher noch als Anspielung auf die den Völkischen nahestehenden Freikorps zu verstehen war, richtete sie sich im Umfeld der Gemeinde- und Reichstagswahlen vom Dezember 1924 ganz sicher gegen den als Ersatz- oder Tarnorganisation der NSDAP

angetretenen Völkischen Block. Dessen aktive Anhänger sollten mit der Darstellung des Spielzeugsoldaten auf dem Plakat als willenlose, hurrah-schreiende, manipulierbare Masse charakterisiert werden.

Plakat, Papier, 71 x 95 cm, Herausgeber: SPD, Druck: Offsetdruck Hermann Baswitz, Berlin; Reklamekunst Berlin-Charlottenburg. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 143.

Literatur: Erstveröffentlichung durch den Autor in: Original! Pracht und Vielfalt aus den Staatlichen Archiven Bayerns. Eine Ausstellung der Staatlichen Archive Bayerns im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 59), München 2017, S. 300 f. – Siegfried Wenisch (Bearb.), Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 36), München 1996, S. 60 f.

Klaus Rupprecht



5 AUFWÄRTS DURCH DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE PARTEI

Wahlplakat der DDP, 1924

Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) verstand sich als Hüterin der Demokratie. Sie stand ein für Parlamentarismus, Föderalismus und Liberalismus, gepaart mit einem sozialreformerischen Staatsverständnis. Führende Persönlichkeiten der DDP wie Friedrich Naumann (1860–1919) oder Hugo Preuß (1860–1925) gestalteten die politische Ordnung der Weimarer Republik entscheidend mit. Ihr Einsatz für die Demokratie mit ständiger Regierungsbeteiligung im Reich und der Notwendigkeit, unpopuläre Entscheidungen zu fällen, brachte der DDP zunehmende Stimmenverluste und Mitgliederschwund. Insbesondere deutschationale und völkische Parteien kritisierten sie massiv.

Auf dem Plakat sind drei muskulöse, nackte Männer zu sehen, die einen Fahnenmast aufrichten. Von dem Mast hängt lose und schlapp, bereits den Boden berührend, die Fahne der Republik in Schwarz-Rot-Gold herunter. Das in Schieflage geratene Banner symbolisiert die durch politische wie wirtschaftliche Krisen stark gebeutelte Republik. Nur durch große Anstrengung eines jeden kann die Fahne wieder aufgestellt, die Republik also stabilisiert werden. Eine Stimme für die DDP, so die Aussage, hilft bei der Stabilisierung der Demokratie und setzt ein Ausrufezeichen gegen stark aufkommende antirepublikanische, antiliberale Grundströmungen in der Bevölkerung.

Gestaltet hat das Plakat Theo Matejko (1893–1946), ein österreichischer Illustrator und Pressezeichner. In den 1920er Jahren lebte er in Berlin. Dort war er u.a. für den Ullstein-Verlag tätig. Als Zeichner und Illustrator war er insbesondere in den Bereichen Motorsport und Technik zu Hause, als Plakatgestalter für die Filmindustrie und für politische Parteien. Für die DDP war er mehrfach tätig, z.B. 1921 mit dem Plakat „Frauen hilft! DDP“ oder mit dem Plakat „Säubert das Reich. Wählt Deutsche Demokraten“.

Plakat, Papier, 72 x 95 cm, Gestaltung: Theo Matejko, Herausgeber: DDP, Druck: WEMA-Reklame G.M.B.H. Berlin. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 58.

Literatur: https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Kunst/Theo_Matejko (zuletzt abgerufen am 13.1.2024).

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



6 FÜR REICH UND REPUBLIK

Wahlplakat der DDP zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924

Das Wahlplakat der DDP ist ein klares Bekenntnis zur Republik. Ein nach oben blickender Mann hält eine schwarz-rot-goldene Fahne. Die linke Hand umfasst die Fahnenstange, die rechte die Fahne. Über dem ausdrucksstarken, energiegeladenen Gesicht des Mannes prangt der Schriftzug „Für Reich und Republik“, eine Anspielung darauf, dass sowohl Kontinuität als auch Wandel mit der neuen Staatsform verknüpft sind.

Unten auf dem Plakat steht in großen Schriftzügen allein der Partei-
name „Deutsche Demokratische Partei“. Klargestellt wird so, dass es
diese Partei ist, die sich klar für Reich und Republik positioniert und
dass somit jeder Wähler mit seiner Stimme dieses politische Konzept
unterstützt.

In der rechten oberen Ecke ist das Plakat mit Kirchbach signiert. Der
Künstler Fritz Gottfried Kirchbach (1882–1942) war nach einer akade-
mischen Malerausbildung in München als Buchillustrator und Wer-
begestalter in Stuttgart und Berlin tätig. Neben Filmplakaten gestalte-
te er politische Flugblätter und Plakate für SPD und DDP. Bekannt ist
von ihm das 1919 publizierte, sich explizit für die Gleichberechtigung
einsetzende Wahlplakat der SPD „Gleiche Rechte! Gleiche Pflichten!“.

Plakat, Papier, 70 x 95 cm, Gestaltung: Fritz Gottfried Kirchbach, Herausgeber: DDP.
Druck: Rotophot A. G. Berlin. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 61.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



7 DEUTSCHE FRAUEN UND MÜTTER! Denkt an die Zukunft Eurer Kinder!

Wahlplakat der DDP zu den Reichstagswahlen im Mai und Dezember 1924

Auch mit diesem Plakat bekennt sich die DDP klar zur Weimarer Republik. Eine Mutter, eingehüllt in eine schwarz-rot-goldene Fahne, umarmt ihr zu ihr aufblickendes Kind. Beide schauen sich liebevoll und fürsorgend an. Dabei wirkt die Fahne als Umhang wie ein Schutzmantel und bringt Sicherheit und Geborgenheit für das Kind zum Ausdruck. Ausgesagt werden soll, dass die Republik mit ihren demokratischen und liberalen Werten sich am besten um „die Zukunft ihrer Kinder“, also das Wohlergehen des Volks, kümmert. Signiert ist das Plakat in der linken oberen Ecke mit W. Krain.

Die idealisierte Darstellung von Frau und Mutter, eingehüllt in die Farben Schwarz-Rot-Gold, ist auch zu verstehen als allegorische Anspielung, als überhöhte Darstellung der „Germania“, die sich um den Schutz ihres Volkes sorgt. Die DDP verstand sich selbst „als die Partei der Frauen“. Ihr Vorsitzender Friedrich Naumann veröffentlichte ein entsprechendes Flugblatt und fragte „Was soll die Frau in der Politik?“. Antworten lauteten etwa, sich als Bürgerin fühlen, den Männerzank vermindern, den Volksstaat wohnlicher machen, die Volksschule in Stadt und Land besser machen, die Volkseinheit erhalten.

Plakat, Papier, 71 x 96 cm, Gestaltung: Willibald Krain, Herausgeber: DDP, Druck: Plakatkunstdruck Eckert, Berlin-Schöneberg. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 65.

Literatur: Siegfried Wenisch (Bearb.), Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 36), München 1996, S. 90–92.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



8 FRAUEN, GEBT EURE STIMME DER VEREINIGTEN SOZIALDEMOKRATIE

Textplakat der VSPD, 1924

Die Weimarer Verfassung erlaubte den Frauen erstmals zu wählen und gewählt zu werden. Die SPD hatte diese Forderung bereits seit 1891 in ihrem Parteiprogramm und sah sich daher, wie in dem Plakat auch betont wird, als Vorreiterin für den Kampf um die Frauenrechte, insbesondere das Frauenwahlrecht. Als potentielle Wählerinnen und Parteimitglieder wurden Frauen von nahezu allen Parteien in der Weimarer Republik gezielt umworben.

Mit dem Plakat akzentuiert die SPD allerdings nicht besondere frauенpolitische Ziele, sondern verweist auf ihren langen ehrlichen Kampf für Frauenrechte. An den Pranger gestellt werden die „buhlenden bürgerlichen Parteien, die unser heutiges Elend verschuldet haben und sich auf Kosten des arbeitenden Volkes bereichern“ würden.

Gestalterisch wechselt das Textplakat auffällig zwischen in Rot gehaltenen größeren Lettern, die die Kernbotschaft vermitteln: „FRAUEN, GEBT EURE STIMME DER VEREINIGTEN SOZIALDEMOKRATIE“, und deutlich kleiner gehaltenen in Blau gedruckten Textzeilen, die die erwähnten Begründungen für diese Forderung der Partei liefern sollen. Es ging darum, die Frauen an die politischen Ziele der SPD zu binden bzw. ihr Abwandern in Richtung der bürgerlichen Parteien zu verhindern.

Plakat, Papier, 69,5 x 46,5 cm, Herausgeber: VSPD, Druck: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH, Nürnberg. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 117.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht

Grauen gebt

Eure Stimme
nicht den buhlenden bürgerlichen Parteien,
die unser heutiges Elend verschuldet haben
und sich auf Kosten des arbeitenden Volkes
bereichern~

Eure Stimme
gebt der Vorkämpferin des Frauenwahlrechtes
**der Vereinigten
Sozialdemokratie**

9 AN DIE FRAUENWELT BAMBERGS!

Einladung des Katholischen Frauenbunds Bamberg zu Wahlveranstaltungen am 3. und 4. April 1924

Der Katholische Frauenbund als Dachverband gründete sich 1903. Frauen organisierten sich damit selbst. Auf der Grundlage christlicher Wertehaltung sollte es darum gehen, den sozialen Benachteiligungen von Frauen entgegenzuwirken, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und für die gleichberechtigte Teilhabe und Mitwirkung in allen Lebensbereichen zu sorgen. Vorwiegende sozialpolitische Ziele waren, die Arbeitsbedingungen für Frauen zu verbessern und neue, bessere Bildungsmöglichkeiten zu erreichen. Einen Schwerpunkt der Verbandsarbeit bildete die gesellschaftspolitische Aktivierung der Frauen, wozu Vortrags- und Informationsabende dienten, wie jene, zu welchen der Katholische Frauenbund Bamberg am 3. und 4. April 1924 einlud.

Der Katholische Frauenbund Bamberg und angeschlossene Vereine laden mit einem in Gelb gehaltenen, mit schwarzer Schrift bedruckten Plakat alle Frauen Bamberg, auch Nichtmitglieder („Frauenwelt Bamberg“), zu drei öffentlichen Frauenversammlungen ein. Drei weibliche, der Frauenbundbewegung entstammende Abgeordnete sprachen zum Thema „Wir Frauen und die kommenden Wahlen“. Am Donnerstag 3. April referierte im Katholischen Gesellenhaus die Landtagsabgeordnete Marie Freiin von Gebtsattel und in der Brauerei Keesmann in der Wunderburg die Abgeordnete Klara Barth. Am Tag darauf, Freitag 4. April, sprach im großen Luitpoldsaal die für die Bayerische Volkspartei im Reichstag sitzende Abgeordnete Thusnelda Lang-Brumann. Marie von Gebtsattel (1885–1958), eigentlich Lehrerin von Beruf, lebte seit 1917 in Würzburg, engagierte sich im Landesverband des katholischen Frauenbunds und im katholischen Fürsorgeverein. Von 1919 bis 1923 saß sie für die BVP im Bayerischen Landtag und setzte sich für die Mädchenbildung ein, insbesondere die Geschlechtertrennung im Unterricht und die Bekenntnisschule. Die aus der Saarpfalz stammende Klara Barth (1880–1940) und die aus Augsburg stammende Thusnelda Lang-Brumann (1880–1953) waren ebenfalls beide Lehrerinnen und langjährige BVP-Abgeordnete,

erstere von 1920 bis 1933 im Bayerischen Landtag, zweitere in der gleichen Zeitspanne im Reichstag.

Plakat, Papier, 47 x 63,5 cm, Herausgeber: Katholischer Frauenbund, Druck: Plakat-Druckerei St. Otto-Verlag GmbH, Bamberg, Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 19.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



10 ZUR LANDTAGSWAHL!

Textplakat der BVP für die Landtagswahl am 6. April 1924

Das in der Druckerei des kirchennahen St. Otto-Verlags in Bamberg produzierte Plakat stellt ausführlich die politischen Ziele der Bayerischen Volkspartei dar. In auffälligem Rot gehalten mit schwarzer Schrift innerhalb eines von Rankenschmuck ornamental umgebenen Textfelds stechen oben und unten Anlass (Zur Landtagswahl [am 6. April 1924]) und Auftraggeber (Bayerische Volkspartei) hervor. Dazwischen finden sich zwei durch unterschiedliche Methoden der Hervorhebung gestaltete Textblöcke, betitelt mit „Was brauchen wir?“ und „Was wollen wir?“

Angeprangert wird die starke Zersplitterung der Parteienlandschaft mit entsprechenden negativen Folgen für die Arbeit im Parlament: „endlose Redereien, lahme Kompromisse und verderbliche Entschlußunfähigkeit“. Die BVP empfiehlt sich deshalb als große Massenpartei auf der Basis des christlichen Staatsgedankens. Betont werden föderalistische Grundpositionen und Antisozialismus genauso wie ein Einsatz für „die Wiedergewinnung von Freiheit und Ansehen Deutschlands in der Welt“, gemeint ist damit eine Revision des Versailler Vertrags. Man möchte die Überwindung des Klassenkampfgedankens und propagiert dafür eine vaterländische Gesinnung, die Beibehaltung ererbter bayerischer Sonderrechte und eine bundesstaatliche Struktur in einem neuen Großdeutschland.

Plakat, Papier, 64 x 32 cm, Herausgeber: BVP, Druck: Plakatdruckerei St. Otto Verlag GmbH, Bamberg, Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 22.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht

Zur Landtagswahl!

Was brauchen wir?

Eine große wirklich ausübungsfähige Partei im Landtag!

The following sections will not only bring up some difficulties and problems, but also some opportunities for improvement.

See also [www.bmth.co.uk](#)

12 Partition

International institutions, Group of Eight countries, and the World Bank have called for a moratorium on new dams, while the World Commission on Dams has called for a halt to dams that do not deliver benefits, and a moratorium on dams that do not deliver benefits.

Wolff and the Anti-Slavery Society in New Haven 203

12 bedeutungsvolle Parteien im Landtag

Wiederholungen, Rekurrenz und Rezession über verschiedene Zeiträume hinweg bestimmen das Leben und Sterben.

Umfrage für das Projekt

Wir brauchen eine große Mehrheitspartei!
Die, die in Volkswirken überzeugt ist, die einstrebend
Für den christlichen Staatsaufbau,
Für den landwirtschaftlichen Arbeitnehmer,
Für die Pflege unserer Vaterlandsschule,
Für den landwirtschaftlichen Nutzen des Reiches,
Für die von den Vätern ererbten Rechte unserer
Für soziale Angstlichkeit,
Sorge für sozialstaatliches.

Wissenschaften, Politik und

• 100 •

Was wollen wir?

Einen christlichen Staat

Wieder aufgenommen wurde, um Richtigkeit und vorrangige Wichtigkeit der einzelnen Themen zu gewährleisten.

Ein weiterhin töhlendes Selbstzum

Die entsprechende Bewertung von weiteren finanziellen Strukturen, insbesondere von Dividenden, ist nicht möglich, da die Befragten keine genauen Angaben dazu machen. Die von Befragten erwartete Dividende nach Wiederherstellung der Wirtschaftssituation ist mit 100% angegeben.

Ein bundesstaatlich zulässiges Maß

Visit [understandinggenetics.org](http://www.understandinggenetics.org),
a website for young people learning how the human genome is being used to understand disease, health and medicine.

and Pauline Jean-Baptiste (representatives who became Mayor and Vice-Mayor, and former Mayors Pauline Jean-Baptiste and Sophie Jean, the Mayors of the District — and the District

Die Nebeninduktion des Blasenhamstroschen

Die **Reverenzierung des Schaffensbegüterten**
und Wertschätzung des Erwerbsgegenwartigen, nicht der Ressourcen der Zukunft. Einheits-
kultus, Wertschätzung und soziale Sicherheit für die kommende Jahrtausend.

Deinem Leben Recht! Deinem einer Freiheitsmöglichkeit!
Deinem Raum zu freier Arbeit zu einer großen wahrhaft zeitlichen
Selbstverantwortlichkeit!

Recht will — Bildung nach gewissen — Was darf gelehrt werden? — Bildung nach gewissen — Was darf gelehrt werden?

Bayrischen Volkspartei!

Stimmt am 6. April 1924 bei der Volksabstimmung mit „Ja“.
Damit wir erreichen, was wir wollen.

11 WÄHLT BAYERISCHE VOLKSPARTEI!

Wahlplakat der BVP zur Reichstagswahl im Mai 1924

Ein junger, agil und entschlossen wirkender Mann wendet seinen Blick vom Betrachter aus nach links. Er trägt eine Ritterrüstung; in der linken Hand hält er einen mit dem bayerischen Rautenmuster belegten Wappenschild vor die Brust. So wehrt er die mit roten Pfeilen symbolisierten Attacken der politischen Gegner ab. Besonders gefährlich, weil direkt auf das Herz des Ritters ziellend, sind dabei die Pfeile der Nationalsozialisten (symbolisiert durch das Hakenkreuz) und der Kommunisten (symbolisiert durch den roten Stern). Die Auswahl des Ritters als Stilmittel erfolgte, weil mit ihm nicht nur Kraft und Entschlossenheit assoziiert wird, sondern er für Tapferkeit und Tugendhaftigkeit steht und dadurch zum ehrbaren Kämpfer gegen die finsternen Mächte wird. Die BVP, der bayerische Ritter, stilisiert sich so als Bollwerk gegen die Extreme und fordert die Wähler auf, ihr bei der kommenden Wahl die Stimme zu geben.

Plakat, Papier, 99,5 x 69 cm, Herausgeber: BVP; Druck: Lith. und Druck Dr. C. Wolf und Sohn, München. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 18.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



12 WÄHLT BAYERISCHE VOLKSPARTEI!

Wahlplakat der BVP, 1924

Diesmal ist es nicht der bayerische Ritter, sondern der bayerische Löwe, der zum Bollwerk vor allem gegen die Linken stilisiert wird. Ganz in Schwarz gehalten, stolz wachend, sitzt der Löwe auf dem Gipfel eines Felsens. Er hält mit der linken Tatze einen großen wehrhaften Schild mit dem bayerischen Rautenwappen in Weiß-Blau. Ein ganz in Rot gekleideter, zerlumpter Barrikadenkämpfer versucht von unten den Gipfel zu erklimmen, erstarrt aber in Furcht vor der Stärke und Erhabenheit des bayerischen Löwen. Ihm wird es nie gelingen, den Gipfel zu erreichen; er droht in die rote Flut unter sich abzustürzen.

Die BVP war über die ganze Weimarer Republik hinweg die stärkste Partei in Bayern und seit Ende Mai 1919 stets an der Landesregierung beteiligt. Im Reich setzte sie sich stark für die Eigenstaatlichkeit der Länder, insbesondere natürlich des Freistaats Bayern, ein. Sie sah sich als Anwalt des bayerischen Staatsgedankens, aber auch als Arm des politischen Katholizismus. Die BVP stand in Regierung und Parlament auf rechtsstaatlicher Grundlage und stützte demokratische Strukturen, arbeitete sich dabei aber insbesondere an der SPD als demokratischer Alternative ab. Die Partei war entschieden antikommunistisch und antibolschewistisch. Das hier gezeigte Plakat spielt besonders auf diese Frontstellung an, indem es den bayerischen Löwen als siegreiches Abwehrbollwerk gegen die „rote Flut“ aufbietet. „Da die Gegnerschaft zur Revolution ein konstituierender Faktor ihrer Entstehung war, stand sie in Versuchung, den sich in Bayern etablierenden antidemokratischen Kräften der Gelegenheitsrevolution zu sehr nachzugeben“ (Winfried Becker).

Plakat, Papier, 85,5 x 60 cm, Herausgeber: BVP; Druck: Lith. und Druck Dr. C. Wolf und Sohn, München. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 12.

Literatur: Winfried Becker, Bayerische Volkspartei (BVP), 1918–1933, publiziert am 11.04.2016. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Volkspartei_\(BVP\),_1918-1933](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Volkspartei_(BVP),_1918-1933) (zuletzt abgerufen am 14.1.2024).

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



13 Bamberg wählt einen neuen Bürgermeister

Einladung des BVP-Ortsvereins des 4. Distrikts zu einer Parteiversammlung am 4. Februar 1924

Am 24. Februar 1924 fand in Bamberg außerplanmäßig eine Bürgermeisterwahl statt. Diese war nötig, weil der 1919 in seinem Amt für weitere zehn Jahre bestätigte Adolf Wächter aufgrund gesundheitlicher Probleme und politischer Unstimmigkeiten zurückgetreten war. Alle Bemühungen der beiden größten Fraktionen im Stadtrat, BVP und SPD, ihn zum Weitermachen zu bewegen, schlugen fehl. Weder konnten beide Parteien einen geeigneten Nachfolgekandidaten vorweisen, noch fanden sie angesichts der in Folge der Krisen des Jahres 1923 politisch immer noch aufgeheizten Stimmung Anfang 1924 die Zeitstellung für Neuwahlen günstig.

Die BVP, die bei den Kommunalwahlen 1919 mit 57,8% eindeutig zur stärksten Fraktion im Bamberger Stadtrat gewählt worden war, einigte sich auf den bisherigen zweiten Bürgermeister, den Zahnarzt Dr. Georg Rattel als Bürgermeisterkandidaten. Um für den 4. Februar 1924 zu einer Wahlveranstaltung einzuladen, nutzte dieser einen schlicht gehaltenen, handschriftlich zu vervollständigenden Plakatvordruck seiner Partei. Der Ortsverein des 4. Bamberger Distrikts lud alle Parteimitglieder zu einer Parteiversammlung in die Gastwirtschaft Peßler am Michaelsberg mit dem Bürgermeisterkandidaten Rattel als Redner ein. Trotz solcher Anstrengungen und intensiver Eigenwerbung konnte Rattel weder die Anhänger seiner Partei hinter sich bringen noch die Bürgerschaft von sich überzeugen. Mit etwa 20% der Wählerstimmen unterlag er dem Juristen Luitpold Weegmann, der etwa 78% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Dieser war zwar als Kandidat völkisch-nationalsozialistischer Kreise in die Wahl gegangen, entpuppte sich nach und nach jedoch eher als deren Widersacher und als Unterstützer der Bayerischen Volkspartei.

Plakat, Papier, 46,2 x 59 cm, Herausgeber: BVP, Druck: Buchdruckerei „Bamberger Volksblatt“. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 6.

Literatur: Julia Oberst, Das sozialistische Milieu in Bamberg während der Weimarer Republik, Darmstadt 2021, S. 135–139.

Klaus Rupprecht

Bayerische Volkspartei!

Ortsverein des 4. Distriktes.

Einladung

zu einer

Parteiversammlung

am 4. Februar 1924 bei Peßler-Michaelsberg.

Referent: Bgm. Rattel Thema: Bürgermeisterwahl.

Alle Parteifreunde werden um ihr Erscheinen herzlichst gebeten.

Anfang: 8^h.



Der Einberufer:
Ortsverein des 4. Distriktes.

14 RAUS AUS DEM DRECK!

Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei zur Reichstagswahl am 4. Mai 1924

Zu sehen ist der deutsche Michel mit Zipfelmütze, der mit seiner linken Hand die Zügel seines Gespanns festhält und mit der rechten, eine Peitsche schwingend, die zwei den Karren ziehenden Pferde antreibt. Als Vertreter der Deutschnationalen lenkt er den Karren aus dem Morast von 1918 in eine bessere, strahlend helle Zukunft des Jahres 1924. Auf dem Wagen ist gut sichtbar der Reichsadler, das Emblem der Deutschnationalen, angebracht. Der Wagenlenker trägt eine Schärpe in den Farben des Kaiserreichs Schwarz-Weiß-Rot. Mit ihrer Symbolik glorifiziert die DNVP das vergangene Kaiserreich und damit verbunden nationalkonservative Werte. Den potentiellen Wählern wird das Versprechen gegeben, mit einem Wahlsieg wieder eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen.

Der Rückbezug zur „guten alten Zeit“ wird auch durch die Wahl der Schrift – der alten „deutschen Schrift“ – unterstrichen, mit welcher die Partei ihr Ziel verkündet: „RAUS AUS DEM DRECK“. Der „Dreck“ findet sich als dunkler, roter Sumpf und Morast auf der linken Seite des Plakats, überschrieben mit dem Jahr 1918, mit zwei abgemagerten Pferden, eines stehend, eines wie der danebenliegende Sozialist in der roten Flut versinkend. So wie „Raus aus dem Dreck“ eine Standardparole der rechten Parteien war, so gebrauchten diese „die rote Flut“ sinnbildlich für Sozialismus und Kommunismus. Für Kriegsende und Revolution wurden die Sozialisten verantwortlich gemacht. Sie hätten Reich und Republik in das Elend gestürzt, aus welchem nur die Deutschnationalen diese nun wieder retten könnten, so die Erzählung dieses Plakats.

Plakat, Papier, 71 x 96 cm, Gestaltung: Franz Müller-Münster, Herausgeber: DNVP, Druck: Otto Elsner Buchdruckerei KG, Berlin. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 38.

Literatur: Siegfried Wenisch (Bearb.), Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 36), München 1996, S. 126–128.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



15 WÄHLT DIE „VEREINIGTE NATIONALE RECHTE“

Textplakat der Bayerischen Mittelpartei zur Landtagswahl vom 6. April 1924

Für die Landtagswahl 1924 in Bayern trat die Bayerische Mittelpartei – seit 1920 Teil der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP in Bayern) – gemeinsam mit der nationalliberalen DVP (Deutsche Volkspartei) an und warb mit der Listenverbindung Vereinigte Nationale Rechte (VNR) um die Gunst der rechtsgerichteten Wählerschaft. Mit ihrer aggressiv völkisch-nationalistischen Rhetorik reagierte die Listenverbindung auf die Konkurrenz des im Januar 1924 in Bamberg gegründeten Völkischen Blocks als Tarnorganisation der inzwischen verbotenen NSDAP.

Das in Weiß-Blau gehaltene Plakat ist mit Text überladen. Wichtige Kernaussagen werden zwar in Schriftgröße und Fettdruck hervorgehoben, dennoch musste ein Betrachter viel Zeit für das Lesen des Textes investieren. Die Bayerische Mittelpartei argumentierte offen antiparlamentarisch und antisemitisch („Gegen die Herrschaft des Judentums, Gegen den Parlamentarismus“). Der „marxistisch-jüdischen Wirtschaftspolitik“ setzte sie eine „wahrhaft deutsche Wirtschaftspolitik“ entgegen, dem „Parlamentarismus und der Alleinherrschaft der Parteien“ stellte sie die „Achtung vor der Autorität des Staats“ und eine „wahrhaft deutsche Staatsform“ entgegen. Ein weiteres Gegensatzpaar lautete: „gegen den internationalen Verbrüderungswahn“ und „für den christlichen und völkisch-nationalen Gedanken“. Ziel war es, die national, völkisch, antisemitisch und antikommunistisch denkenden Kreise in Bayern zu vereinigen und für eine – großdeutsch gedachte – nationale Einheit und überparteiliche Staatsform, „am besten die Monarchie“, zu werben.

Plakat, Papier, 63,5 x 95,5 cm, Herausgeber: BMP, Druck: München-Augsburger Druckerei und Verlagsanstalt GmbH, München. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 34.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht

16 NIEDER MIT DER INTERNATIONALE!

Wahlplakat der DNVP, 1924

Die szenische Darstellung in der Mitte des Plakats zeigt einen Flaggenwechsel. Drei schemenhaft in Schwarz dargestellte Schattenfiguren ziehen mit großer Kraftanstrengung an einem am rechten Bildrand positionierten Fahnenmast eine übergroße Altreichsflagge mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot auf, die im Wind wehend, vom rechten oberen Bildrand bis weit über die Mitte des Bildes ragt. Durch den einfarbig und schlicht gehaltenen türkisen Hintergrund und durch die Größe und die dynamische Darstellung dominiert die Fahne das Bild. Die Schattenfiguren werden bewusst um ein vielfaches kleiner und anonymisiert dargestellt.

Der untere Rand des Plakates ist breiter. Hier ist der in Schwarz gehaltene, mit altertümlichen Lettern gestaltete Schriftzug vor weißem Hintergrund „Nieder mit der Internationale! Wählt Deutschnational!“ angebracht, wobei das „W“ und das „D“ rot eingefärbt wurden. Der Schriftzug erstreckt sich über zwei Zeilen am linken unteren Bildrand und nimmt etwa drei Viertel des unteren Randes ein. Die „Internationale“ ist hier als Abkürzung für die Sozialistische Arbeiterinternationale zu verstehen, die im Mai 1923 aus dem Zusammenschluss der reformorientierten Londoner Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien hervorging. Zu den einflussreichsten Gruppen des internationalen Zusammenschlusses zählte die SPD. In ihrer Ausrichtung war die Internationale positiv gegenüber der liberal-parlamentarischen Ordnung eingestellt und stellte einen demokratischen Staat in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen.

Die Pointe der Plakatgestaltung liegt in der am rechten, unteren Bildrand darniederliegenden republikanischen Fahne mit den Farben Schwarz-Rot-Gold. Sie ist das vierte Element des Plakates, bricht mit ihrer Gestaltung aber die Symmetrie der Darstellung auf. So weit am unteren Rand positioniert, überragt sie nicht nur den türkisen Hintergrund, sondern erstreckt sich bis zu dem am Plakatrand positionierten Schriftzug. Die Darstellung wirkt so, als würde die Fahne aus

dem Plakat herausfallen. Schemenartig erkennbar sind darin aber auch drei, jeweils in einer Farbe der Republik symbolisierte Figuren, die die Szenerie verlassen, vielleicht sogar flüchten.

Die Wählerinnen und Wähler werden mit der Darstellung aufgefordert, einen Kurswechsel in der Politik zu ermöglichen. Mit dem Flaggenwechsel wird zu einer Abkehr von der Weimarer Republik und einer Wiederherstellung des Kaiserreichs aufgerufen. Dem Betrachter werden mit der Art und Weise der dargestellten Fahnen die Wertvorstellungen eindrücklich vermittelt. Die ans Kaiserreich erinnernde Altreichsflagge weht über groß im Wind und erzeugt ein Gefühl des Aufbruchs.

Papier, Plakat, 72 x 92,5 cm, Herausgeber: DNVP, Druck: Otto Elsner Buchdruckerei KG, Berlin. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 40.

Andreas S. Hofmann



17 WIE LANGE NOCH?

Wahlplakat der DNVP, 1924

Zu sehen sind drei in den republikanischen Farben gehaltene Figuren, die für die drei wichtigen politischen Strömungen stehen, die die demokratische Verfassung der Weimarer Republik stützen. Die Personen halten sich aneinander fest und schreiten in eine Richtung (vom Betrachter aus gesehen nach rechts). Mittig und über groß findet sich eine in Rot gehaltene, mit stilistischen Mitteln des Sozialismus gekennzeichnete, Figur, die für die Sozialdemokraten (Hut, Bart) und deren politisches Gewicht stehen soll. Geführt wird diese von einer wohlbeleibten, aber sehr viel kleineren, in Gelb gehaltenen Figur, die die Liberalen (vor allem Linksliberalen) symbolisiert. Am Zipfel des Mantels der in Rot gezeichneten Figur hält sich eine hagere, fromm anmutende, in schwarz gekleidete Figur fest. Sie steht für die Parteien des politischen Katholizismus, die sich offenbar nicht trauen, ihren eigenen Weg zu gehen.

Provokant wird der Betrachter des Plakats gefragt: „Wie lange noch?“ Um dann im Text mit demselben altdeutschen Schriftbild direkt unter den drei Figuren nachzulegen: „Sollen die Drei Deutschlands Schicksal bestimmen?“ Die Antwort wird gleich selbst gegeben: „Fort mit Schwarz-Rot-Gold. Wählt Deutsch-National!“ Die DNVP, Repräsentantin des konservativ-monarchistischen Lagers in der Weimarer Republik, positioniert sich somit bewusst antirepublikanisch, antidemokatisch. Polemisch karikiert sie die sich aneinanderbindenden, die Weimarer Verfassung und deren Werte stützenden Parteien, die offenbar in eine falsche Richtung laufen.

Plakat, Papier, 37,5 x 50 cm, Herausgeber: DNVP. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 50.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



18 WÄHLT DEUTSCHNATIONALE VOLKSPARTEI, DAS IST SCHWARZ-WEISS-ROT!

Flugblatt der DNVP, 1924

Die Darstellung ist Teil eines doppelseitigen Flugblattes der DNVP. Während auf der Rückseite typische Parolen der antirepublikanisch-monarchistischen Partei abgedruckt sind, ist auf der Vorderseite eine durch einen schmalen schwarzen Rahmen begrenzte Darstellung zu sehen, die überwiegend in Schwarz-Weiß gehalten ist. Nur wenige, gezielt eingesetzte rote Elemente (vor allem bei den Fahnen) durchbrechen das Farbschema. Unterhalb der Abbildung ist in Schwarz der Schriftzug „Wählt Deutschnationale Volkspartei, das ist Schwarz-Weiß-Rot!“ angebracht, wobei der Parteiname zur Hervorhebung unterstrichen ist.

Die Darstellung im oberen Teil des Flugblattes zeigt eine Reihe von Personen, von der nur eine Figur in der Mitte deutlich mit Gesicht zu erkennen ist und sehr entschlossen wirkt. Die anderen Figuren sind nur schemenhaft dargestellt. Den Großteil der Illustration machen die zahlreichen großen Reichsfahnen, die von der Menge geschwenkt werden, aus. Sie fallen nicht nur durch ihre Größe auf, sondern auch weil die roten Balken der Flaggen durch die reduzierte Farbdarstellung des restlichen Plakats intensiv zur Geltung kommen. Dabei wehen die Flaggen im Wind, werden von ihren Trägern geschwenkt und erzeugen so eine große Dynamik. Die fahnenschwenkende Menge erklimmt bei ihrem Marsch einen rötlich eingefärbten Hügel. Im Hintergrund verbreiten Rauchschwaden eine bedrohliche Stimmung.

Das Plakat spielt mit der Flaggensymbolik und vermittelt dem Beobachter Vorwärtsdrang und Begeisterung. Der rote Hügel, der beinahe bezwungen scheint, symbolisiert möglicherweise die unter sozialistischen Vorzeichen entstandene, unheilvolle Weimarer Republik. Die Aufbruchsstimmung, die das Bild erzeugt, soll in eine bessere, auf monarchischen Traditionen und Wertvorstellungen beruhende Zukunft münden.

Flugblatt, Papier, 31,5 x 23,5 cm. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 45.

Andreas S. Hofmann



Wählt
Deutsch-nationale Volkspartei,
das ist Schwarz-Weiß-Rot!

45

19 FÜR DEN BEFREIUNGSKAMPF!

Wahlplakat der KPD zur Reichstagswahl vom Dezember 1924

Das in seiner Komposition und Farbgebung schlicht gehaltene Plakat zeigt auf der linken Seite einen muskulösen, etwas gedrungenen Mann mit einem schweren Hammer in den Händen. Von rechts ins Bild und dem Mann entgegen kriechend sieht man ein dreiköpfiges, lindwurmartiges Ungeheuer. Der linke Kopf ist mit einem Verband mit der Aufschrift „SPD“ umwickelt, auf dem rechten Kopf sitzt eine Mütze mit dem Hakenkreuz, der mittlere Kopf ist lediglich von ein paar Haaren bedeckt.

Die Zeichnung auf orangefarbenem Hintergrund trägt die Überschrift „Für den Befreiungskampf“ und den Untertitel „Wählt Kommunisten!“. Während der Illustrator des Plakats nicht bekannt ist, wird als Verantwortlicher „H. Eberlein, Berlin“ genannt. Dabei handelt es sich um Hugo Eberlein (1887–1941), gemeinsam mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht einer der Gründer des Spartakusbundes und nachfolgend der KPD. Eberlein saß für die Kommunistische Partei von 1921 bis 1933 im Preußischen Landtag und war seit 1919 Mitglied des Zentralkomitees, für dessen Wahlkampforganisation er lange Zeit mitverantwortlich war.

Aufgrund seiner einfachen Anordnung und Formensprache wirkt das Plakat eingängig und überzeugend, die Antagonisten sind klar: Auf der rechten Seite kriecht das Ungeheuer eine Böschung hinauf. Dabei ist es gleich, ob es sich konkret um einen Lindwurm, eine Schlange oder einen Drachen handelt, die mythische Bedeutung als Allegorie des Bösen ist in allen Kulturen der Welt ähnlich. Verstärkt wird diese Wirkung durch die drei gierig die Zähne fletschenden, fratzenartigen Köpfe des Scheusals. Diese verdeutlichen die unheilige Allianz, die die SPD als linker, schon verwundeter Kopf mit dem Nationalsozialismus und der kapitalistischen Bourgeoisie eingegangen ist.

Demgegenüber, natürlich auf der linken Seite, steht der grimmig-entschlossen blickende Arbeiter. Er trägt einfache Kleidung, eine Arbeiterschürze und eine Schiebermütze. In seinen Händen hält er einen Schmiedehammer, die Muskeln zum Losschlagen angespannt. In

seinem Körperbau und seiner Physiognomie ähnelt der Arbeiter dabei ganz und gar nicht dem strahlenden Siegfried als germanischem Drachentöter-Ideal. Er entspricht vielmehr dem Bild, das der marxistische Theoretiker und KPD-Politiker Edwin Hoernle formulierte: „Nicht harmonische Idealmenschen mit ‚schönem Innenleben‘ müssen wir heute erziehen, sondern knorrige Klassenkämpfer, Proleten, die Solidarität zu üben und sich zu wehren wissen.“

Mit Entschließung vom 22. November 1924 wurde, wie der Rückvermerk verdeutlicht, das Plakat für den gesamten Regierungsbezirk verboten. Der Stadtkommissar wies daher die Bamberger Schutzmanschaft an, das Plakat sofort abzureißen, wenn es irgendwo auftauchen sollte.

Plakat, Papier, 31 x 63 cm, Druck: Eugen Gutnoff, Berlin. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 84.

Literatur: Edwin Hoernle, Erziehung zum Klassenkampf. In: Das Proletarische Kind Nr. 6, Juni 1922, S. 1-7 (Zitat S. 3).

Johannes Staudenmaier



20 GENOSSE HILF MIT! Gemeinsam bezwingen wir sie!

Werdeplakat der KPD, April 1923

Das im Grundton schwarz gehaltene Plakat zeigt einen Kommunisten, der mit erhobenem Beil gegen die böse und angriffslustige Schlange des Faschismus ankämpft und diese vernichten will. Hinter dem Kommunisten, aber ebenso umzingelt von der Schlange, steht ein Sozialdemokrat, dessen Axt noch ruht, der noch zuschaut. Der Text macht klar, dass sich das Plakat an dessen Partei richtet: „Genosse hilf mit! Gemeinsam bezwingen wir sie!“ Das Plakat steht sinnbildlich für die drastische Bildersprache in der Weimarer Zeit. Kampfsymbol der Kommunisten ist diesmal nicht, wie so häufig, die Arbeiterfaust, sondern die von einer Arbeiterhand geführte Axt. Der „ehrliche Arbeiter“ bekämpft symbolisch die „falsche Schlange“.

Das Plakat entstammt zwar einer Beschlagnahmeaktion vom April 1923, sollte aber im „Superwahljahr“ 1924 weiter als Werbeplakat der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) eingesetzt werden. Der Arbeiter Johann Grasser aus Forchheim hatte dieses auf Umwegen vom bisherigen Ortsgruppenführer der KPD in Forchheim erhalten, welcher die Partei verlassen hatte und zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei übergetreten war. Um sich vor Strafe zu schützen, beantragte er beim Magistrat der Stadt Forchheim die Erlaubnis zum öffentlichen Anschlag von insgesamt 13 Werbeplakaten der KPD in Forchheim. Die Stadt verweigerte jedoch mit Beschluss vom 21. April 1923 die Erlaubnis und schaltete stattdessen die Polizei ein, welche die Druckerzeugnisse wegen Beihilfe zur Anreizung zum Klassenkampf beschlagnahmte. Schon auf den ersten Blick, so die Begründung, könne man ersehen, dass KPD und SPD gemeinsam zum – auch gewaltsamen – Kampf gegen Volksgenossen auffordern würden und so die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdeten. Die Staatsanwaltschaft Bamberg, in deren Ermittlungsakten das gezeigte Plakat als Beweismittel überliefert ist, stellte das Verfahren gegen die Beschuldigten schließlich mit der Begründung ein, dass die fraglichen Plakate noch nicht „in den Verkehr gebracht worden waren“.

Plakat, Papier, 58 x 48 cm, Druck: Friedrichstadt Druckerei Berlin. Staatsarchiv Bamberg, Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bamberg (K 105), Abg. 1995, Nr. 102.

Literatur: Erstveröffentlichung durch den Autor in: Original! Pracht und Vielfalt aus den Staatlichen Archiven Bayerns. Eine Ausstellung der Staatlichen Archive Bayerns im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 59), München, 2017, S. 302 f. – Franz Machilek – Achim Paulus (Bearb.), Politische Propaganda und Agitation in der Weimarer Republik im Spiegel von Justizakten des Oberlandesgerichtsbezirks Bamberg, Bamberg 1997, S. 11–13.

Klaus Rupprecht



21 SCHWARZ-ROT-GOLD UND SCHWARZ-WEISS-ROT

Textplakat der KPD für die Gemeinde- und Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924

Mit dem bereits 1923 entstandenen Plakat „Genosse hilf mit“ (Kat.-Nr. 20) drückten die Kommunisten noch ihre Hoffnung aus, dass die Sozialdemokraten mit ihnen gemeinsame Sache machen und gegen die Rechten, insbesondere die Nationalsozialisten, vorgehen würden. Ende des Jahres 1924 ging die Partei mit einem Textplakat in eine klare Frontstellung über. Addressaten waren die Arbeiter und Werktätigen, welchen mit dem in leuchtendem Rot gehaltenen Textplakat vermittelt werden sollte, dass die Sozialdemokraten „in allen wichtigen politischen Fragen“ mit den Deutschnationalen wie den Völkischen um den Preis des Mitregierens paktieren würden, dass aber sowohl Schwarz-Rot-Gold wie auch Schwarz-Weiß-Rot abzulehnen seien. Arbeiter und Werktätige sollten wissen, dass sie mit ihrer Stimme für die Sozialdemokraten selbst „ihren Henker“ wählen würden. Der zentrale – auch auf anderen Plakaten der KPD zu findende – Slogan lautete: „Nur der Kommunismus wird euch retten!“. Im vorletzten Reichstag seien 170 sozialdemokratische Abgeordnete gesessen, die aber weder etwas getan hätten zur Unterstützung der „hungernden und frierenden Werktätigen“, noch die „arbeitende Bevölkerung vor den Inflations- und Profithyänen gerettet“ hätten.

Die Kommunisten wollten sich so als die würdigen Vertreter der Arbeiterschaft positionieren und diese Wählerschicht für sich gewinnen. Den Vorwurf des Paktierens mit den Rechten hinterlegten sie in dem Textplakat auch ganz konkret mit sechs Argumenten, die jeweils fettgedruckt und in großen Lettern mit dem Wort „Gemeinsam“ eingeleitet wurden. Konkrete Vorwürfe waren etwa, dass die SPD gemeinsam mit den rechten Parteien am Abbau von Arbeiterrechten, wie z.B. dem Acht-Stunden-Tag, mitgewirkt hätte, dass sie für Beamtenabbau und Massenarbeitslosigkeit mitverantwortlich sei. Gemeinsam hätten sie an der Auslieferung der Eisenbahnen und der Ausplünderung der deutschen Industrie zugunsten der Entente (dem

Dreierbündnis aus Frankreich, Großbritannien und Russland) mitgewirkt und schließlich dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen genauso zugestimmt wie den Ermächtigungsgesetzen (zur Behebung der inflationsbedingten Finanz- und Wirtschaftskrise vom Herbst 1923). Ein besonderer Dorn im Auge der Kommunisten war die Annäherung von SPD und DNVP im Zuge der Abstimmung über die Dawes-Gesetze.

Plakat, Papier, 98 x 69,5 cm, Herausgeber: KPD; Druck: Hans Lotter, Nürnberg, Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 88.

Andreas S. Hofmann / Klaus Rupprecht



22 FORT MIT DEN DAWES-KNECHTEN

Wahlplakat der KPD für den Reichstagswahlkampf am 7. Dezember 1924

Unter der Überschrift „Fort mit den Dawes-Knechten“ holt ein Mann mit einer Axt aus, um einen Baum zu fällen, an dessen Astenden insgesamt sechs Köpfe zu wachsen scheinen. Die Köpfe sind durch individuelle Charaktermerkmale gekennzeichnet und symbolisieren führende Köpfe beziehungsweise Richtungen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zweifelsfrei zu erkennen ist Reichspräsident Friedrich Ebert mit leicht verrutschter Krone auf dem Gipfel des Baumes. Mit der Darstellung rechts darunter könnte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht gemeint sein. Weitere eher idealtypische Bildnisse stehen für die NS-Bewegung, den preußischen Militarismus und den Wirtschaftskapitalismus. Dies macht deutlich, dass nicht nur die Unterstützer des Dawes-Plans von den Kommunisten bekämpft wurden.

Da der Stamm an der Unterseite schon deutliche Spuren des Axt einschlags aufweist und ein keilförmiges Stück fehlt, neigt er sich nach links und droht aus dem Bildrand zu kippen. Die Darstellung weckt beim Betrachter die Assoziation, dass nur noch wenige Axtschläge nötig sind, um den Baum zu fällen. Eingerahmt wird die Darstellung von dem am unteren Rand angebrachten Schriftzug „Wählt Kommunisten“, der durch einen schmalen und einen breiten schwarzen Balken unterhalb und oberhalb betont wird.

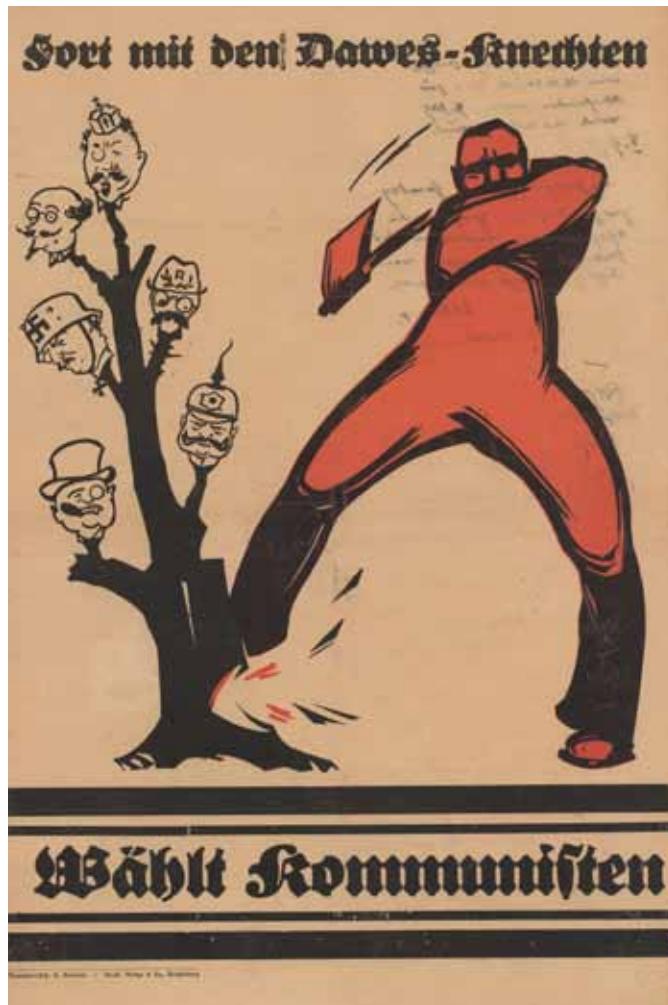
Die drastische Darstellung richtet sich gegen die Verursacher und Befürworter des Dawes-Plans. Alle aus dem „Versailler Raubfrieden“ hervorgegangenen Vereinbarungen und Verträge lehnte die KPD-Führung strikt ab. Insbesondere die Gesetze zur Verwirklichung des Dawes-Plans, die im Sommer 1924 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Reichstag beschlossen wurden, bekämpfte die KPD scharf, da sie damit eine neue Form des wirtschaftlichen Imperialismus verwirklicht sah.

Handschriftliche Anmerkungen auf der Plakatrückseite zeugen vom Umgang der Polizeibehörden mit dem Plakat. Die martialisch anmutende Darstellung, die leicht zur Gewaltaufforderung interpretiert

werden konnte, erhielt keine Genehmigung und wurde am 13. November 1924 für Oberfranken verboten.

Plakat, Papier, 49 cm x 32 cm, Herausgeber: KPD, Druck: Runge und Co., Reichenberg. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 83. – Abbildung des Rückvermerks mit Erläuterung s. S. 20.

Andreas S. Hofmann



23 DEUTSCHLANDS BEFREIUNG

Werbeplatz des Völkischen Blocks, 1924

Zentrales Motiv des Plakats ist ein großer, vom rechten Bildrand bis zur Mitte reichender Adler, der seine Schwingen ausbreitet und Richtung Sonnenaufgang abhebt. Eine massive Eisenkette ist um den Felsvorsprung am rechten Bildrand gelegt und deutet an, dass der Adler festgekettet war. Im Zentrum der von einem Kranz roter Strahlen umgebenen Sonne befindet sich ein großes, weißes Hakenkreuz, Symbol der nationalsozialistischen Bewegung. Am linken unteren Rand des Plakats findet sich in weißen Buchstaben der Schriftzug „Deutschlands Befreiung“.

Das Bildplakat des Völkischen Blocks greift auf den „Reichs-Adler“ zurück, ein altes Symbol des Deutschen Reichs. Der dezente Einsatz der roten Farbe für den Sonnenaufgang komplettiert das Farbschema der alten Reichsflagge (schwarz-weiß-rot). Das Plakat spricht die Sehnsüchte der vaterländisch-nationalistischen Wählerkreise an, indem es ein von Beschränkungen befreites Deutsches Reich (dargestellt durch den Adler) verspricht. Der Neuanfang steht dank der strahlenden Hakenkreuzsonne im Zeichen nationalsozialistischer Wertvorstellungen. Die schwere Eisenkette, stehend für die hemmenden Beschlüsse der Weimarer Republik, vor allem für den Versailler Friedensvertrag, werden als Fesseln abgelegt, so dass sich der Adler – also das Reich – wieder frei bewegen kann. Das Plakat ist in der oberen rechten Ecke signiert und datiert mit „M. Kiefer 24“. Die Signatur lässt sich als Michael Mathias Kiefer (1902–1980) auflösen.

Plakat, Papier, 113 cm x 89 cm, Gestaltung: Michael Mathias Kiefer, Herausgeber: Völkischer Block, Druck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller und Sohn. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 183.

Andreas S. Hofmann



24 DER DRAHTZIEHER

Wahlplakat des „Völkischen Blocks“, April 1924

Im Zentrum des Plakats steht übergroß ein korpulenter Mann, hell gekleidet, mit Frack, Krawatte, Bowlerhut und Uhrenkette, an der ein Davidstern hängt. Die Hände stecken in den Hosentaschen. Von den Ärmelenden aus führen zahllose Drähte zu der Masse an Menschen, die sich zu seinen Füßen versammelt hat. Nur von den vorderen Personen sind Gesichtsausdrücke zu erkennen, zumeist traurig und schmerzverzerrt. Es handelt sich um die auf dem Plakat angesprochenen „Kopf- und Handwerker“, eine große konturlose, geschundene und gequälte Masse an Personen. Diese strömen im Abendrot aus den im Hintergrund abgebildeten Fabrikgebäuden mit ihren rauchenden Schloten. Sie scheinen ohne Willen, gelenkt wie Marionetten von dem durch Größe und Farbkontrast hervorgehobenen Unternehmer, dem DRAHTZIEHER. Attribute wie der Davidstern und die in dieser Zeit von den Antisemiten verwendete, völlig überzeichnete Physiognomie der Person kennzeichnen diese als jüdischen Kapitalisten, der die an seinen Drähten hängenden Arbeiter ausnutzt und nur seinen eigenen wirtschaftlichen Vorteil im Sinn hat. Mit der klischehaften Darstellung des fettleibigen kapitalistischen Bonzen und der karikaturhaften Darstellung eines Juden verbinden sich in dem Plakat Antikapitalismus und Antisemitismus auf klassische Weise.

Wer politisch für das Plakat verantwortlich zeichnet, wird durch die beiden Hakenkreuze in den unteren beiden Ecken klargemacht. Das Zeichen war in den frühen 1920er Jahren zum Symbol der „nationalsozialistischen Bewegung“ geworden. Dazwischen findet sich ein großes freies Feld, in welches in der Regel kleine Plakate mit dem Parteinamen auf rotem Hintergrund aufgeklebt werden konnten. Verwendet wurde das Plakat im vorliegenden Fall vom sog. Völkischen Block, in anderen Fällen vom sog. Völkisch-Sozialen Block, beginnend mit den bayerischen Landtagswahlen vom 6. April 1924 und den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924. Sie forderten die „Kopf- und Handwerker“ auf, ihnen ihre Stimme zu geben. Die NSDAP war nach dem Hitlerputsch vom 9. November 1923 und der anschließenden Verurteilung Hitlers zu Festungshaft verboten worden. In der unmit-

telbaren Folge gründeten sich miteinander rivalisierende Ersatzorganisationen, die aber gemeinsam unter dem Namen Völkischer Block oder Völkisch-Sozialer Block an Landtags- und Reichstagswahlen erfolgreich teilnahmen. Sie erhielten in Bayern bei der Landtagswahl am 6. April 1924 immerhin 17 Prozent der Stimmen.

Plakat, Papier, 124 x 94,5 cm, Gestaltung: M.E., Herausgeber: Völkischer Block, Druck: Lithographische Kunstanstalt Joh. Roth sel. Ww. GmbH, München. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 177.

Literatur: Erstveröffentlichung durch den Autor in: Original! Pracht und Vielfalt aus den Staatlichen Archiven Bayerns. Eine Ausstellung der Staatlichen Archive Bayerns im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 59), München 2017, S. 304 f. – Siegfried Wenisch (Bearb.), Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 36), München 1996, S. 139 f.

Klaus Rupprecht



25 VERSAMMLUNGSAUFRUF DER GVG (GROSS-DEUTSCHEN VOLKSGEMEINSCHAFT)

Einladung zu einer Versammlung der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ am 5. Dezember 1924 „abends 8 Uhr“ im Zentralsaal in Bamberg

Die mit schwarzer Schrift auf leuchtendem pinkfarbenen Hintergrund gedruckte Einladung vermittelt mit wenigen markanten Schriftzügen die relevanten Informationen. Die wichtigste davon, der Name des Redners, ist groß und gut lesbar in der Mitte platziert. Ein Unterstrich und links und rechts eingefügte Zeigefinger führen den Betrachter sofort zur Kerninformation des Plakats. Am linken und rechten oberen Rand sind Hakenkreuze angebracht, der Schriftzug „Freie Aussprache - Juden haben keinen Zutritt“, der für Einladungen zu Veranstaltungen der Nationalsozialisten typisch ist, findet sich am unteren Rand des Plakats.

Die am 30. Januar 1924 von Alfred Rosenberg in München gegründete und vor allem in Südbayern verbreitete Großdeutsche Volksgemeinschaft war eine Nachfolgeorganisation der nach dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923 verbotenen NSDAP. Die radikal-antirepublikanische Organisation hatte ihren Schwerpunkt in München und bot vielen hitlertreuen Anhängern Gelegenheit zur politischen Organisation. Da durch die Inhaftierung Hitlers die Integrationsfigur in der völkischen Bewegung fehlte, kam es zu Rivalitäten und Fehden mit konkurrierenden Gruppierungen. Die GVG fuhr dabei einen Kurs mit Schwerpunkt „revolutionär-äußerparlamentarische NS-Politik mit teilweise stark national-bolschewistisch angehauchter Agitation“ (Robert Probst).

Sie stützte sich strikt auf die Vorgaben und Ziele Hitlers, versuchte in der Handwerker- und Arbeiterschaft neue Mitglieder zu gewinnen und kämpfte für die Freilassung des NS-Führers aus der Festungshaft in Landsberg am Lech. Einen Auftrieb erhielt die GVG nach der Übernahme durch Julius Streicher und Hermann Esser. Inzwischen hatten mit Artur Dinter, Wilhelm Frick, Gottfried Feder und Rudolf Buttmann auch gewichtige Größen der Völkischen Bewegung den Weg in die GVG gefunden. Auch die Bamberger Ortsgruppe der NSDAP hatte sich nach dem Parteiverbot der GVG unterstellt.

Die in dem Plakat beworbene Veranstaltung kann recht leicht den Gemeinderatswahlen zugeordnet werden, da die GVG die Beteiligung am Parlamentarismus strikt ablehnte. Auf der Veranstaltung am 5. Dezember sprach der aus dem Elsass stammende antisemitische Schriftsteller und Führer der thüringischen Nationalsozialisten, Dr. Artur Dinter. Dinter hatte sich früh in der völkischen Bewegung engagiert, war u.a. Mitglied des antisemitischen Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes und Gründungsmitglied der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Seinem Vortrag lag die Frage „jüdisch-marxistischer oder nationalsozialistischer Staat?“ zugrunde.

Plakat, Papier, 62 cm x 93,5 cm, Druck: S. Mahlmeister, Bamberg. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 186.

Literatur: Robert Probst, Großdeutsche Volksgemeinschaft (GVG), 1924/25, publiziert am 02.08.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Großdeutsche_Volksgemeinschaft_\(GVG\),_1924/25](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Großdeutsche_Volksgemeinschaft_(GVG),_1924/25) (zuletzt abgerufen am 21.1.2024).

Andreas S. Hofmann



26 AN DAS DEUTSCHE VOLK!

Wahlaufruf der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands (NSFB), 1924

Das Textplakat der NSFB, einer Nachfolgeorganisation der NSDAP, gedruckt auf weißem Hintergrund ist dreifach umrahmt. Die Rahmen sind dabei in gleichen Abständen zueinander symmetrisch von außen nach innen angeordnet. Der äußere Rahmen ist schwarz, gefolgt von einem weißen, dem wiederum ein roter Rahmen folgt. Damit wird die Farbfolge der alten Reichsflagge des Kaiserreichs aufgegriffen. Der rote Rahmen ist in der Mitte oben von einem schwarzen Hakenkreuz durchbrochen. Innerhalb des Rahmens ist der eigentliche Plakattext platziert, wobei die Überschrift in großen Lettern doppelt unterstrichen und der Untertitel sowie die Herausgeber (Erich Ludendorff, Gregor Strasser und Albrecht von Graefe) am Ende des Textes in größerer Schrift hervorgehoben sind. Der Aufruf der NSFB ist in zwei Spalten und im Block mit kleiner Schriftgröße gesetzt, wobei kaum Absätze, Aufzählungen oder Schriftgrößenwechsel eingesetzt werden. Lediglich vier Hervorhebungen („Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, Freiheits- und Befreiungspolitik, 3. Versailles, Kampf des Geistes und völkischen Willens“) gliedern den Text. Das erschwert es dem Betrachter, wichtige Inhalte schnell zu erfassen, da der Text sehr gedrängt und kompakt wirkt.

Der Aufruf hetzte in drei Kapiteln gegen das demokratisch-parlamentarische System, den Friedensvertrag von Versailles, die Stellung der Juden in Deutschland und die Dawes-Gesetze, während gleichzeitig die Vorzüge der NSFB angepriesen wurden. So seien die Dawes-Gesetze abzulehnen, weil diese nur „Knechtschaft und Volkssiechtum kennen, nicht Freiheit und Gesundung“. Die Besserung der politischen Lage sollte ein Großdeutschland bringen, das vor jeder „Ueberfremdung durch rassefremde Elemente“ schützte, sich gegen die Kriegsschuld Deutschlands wandte und die verhasste Weimarer Republik ablösen sollte, die mit der Annahme der Dawes-Gesetze am 29. August 1924 ein „zweites Versailles“ geschaffen hatte. Den angestrebten Beitritt Deutschlands zu dem vom „jüdisch-kapitalistischen Internationalismus geleiteten“ Völkerbund wertete die NSFB gar als „drittes Versailles“.



Die allgemein gehaltenen Forderungen der NSFB überzeugten nur bedingt. Das Wahlbündnis der Nationalsozialisten mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei hatte bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 32 von 472 Mandaten gewonnen. Den aufkommenden Bestrebungen zur Gründung einer völkischen Sammelpartei widersetzte sich der in Landsberg am Lech inhaftierte Adolf Hitler; die Zusammenarbeit ging zunächst aber dennoch weiter. Seit Oktober nannte sich der Zusammenschluss Nationalsozialistische Freiheitsbewegung und trat bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember an. Da Ludendorff die ihm zugesetzte Führungsrolle nicht ausfüllen konnte und Nationalsozialisten aus Norddeutschland und der GVG zum Wahlboykott aufriefen, half auch der Anschluss des Völkischen Blocks als Landesverband an die NSFB nichts. Nach dem schlechten Wahlausgang (14 Mandate) löste sich das Bündnis 1925 auf.

Plakat, Papier, 63,5 cm x 48 cm, Herausgeber: Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (Reichsführerschaft Erich Ludendorff, Gregor Strasser, Albrecht v. Graefe), Druck: Adlers Erben GmbH, Mecklenburger Warte, Rostock. Staatsarchiv Bamberg, Bezirksamt Bamberg II, Plakate 184.

Andreas S. Hofmann

Literatur

Marina von Assel (Hrsg.), Plakate: Ohne Bilder! (Schriftenreihe des Kunstmuseums Bayreuth 37 / Plakate im Kunstmuseum 1), Bayreuth 2015.

Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch, Band 16 und 17, München 1924–1926.

Winfried Becker, Ein bayerischer Sonderweg? Die Bayerische Volkspartei und die Republik von Weimar. In: Wolfram Pyta u. a. (Hrsg.), Die Herausforderung der Diktaturen. Katholizismus in Deutschland und Italien 1918–1943/45 (Reihe der Villa Vigoni 21), Tübingen 2009, S. 39–63.

Winfried Becker, Bayerische Volkspartei (BVP), 1918–1933, publiziert am 11.04.2016. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Volkspartei_\(BVP\),_1918-1933](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Volkspartei_(BVP),_1918-1933) (zuletzt abgerufen 9.2.2024).

Manfred Berger, Maria Freiin von Gebsattel. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon (BBKL), Band 21, Nordhausen 2003, Sp. 449–458.

Helen Boak, Women in the Weimar Republic, Manchester u.a. 2013.

Knut Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 50), Göttingen 1982.

Thomas Breuer, Verordneter Wandel? Der Widerstreit zwischen nationalsozialistischem Herrschaftsanspruch und traditionaler Lebenswelt im Erzbistum Bamberg (Veröffentlichung der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 60), Mainz 1992.

Ute Engelen – Walter Rummel (Hrsg.), Der gescheiterte Friede. Die Besatzungszeit 1918–1930 im heutigen Rheinland-Pfalz, Begleitband zur Ausstellung (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, 129), Koblenz 2020.

Dirk Götschmann, Landtagswahlen (Weimarer Republik), publiziert am 22.11.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landtagswahlen_\(Weimarer_Republik\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landtagswahlen_(Weimarer_Republik)) (zuletzt abgerufen 18.1.2024).

Dirk Götschmann, Wahlrecht (Weimarer Republik), publiziert am 22.11.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [*https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wahlrecht_\(Weimarer_Republik\)*](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wahlrecht_(Weimarer_Republik)) (zuletzt abgerufen 18.1.2024).

Harold J. Gordon, Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt am Main 1971.

Bernhard Grau, Werben, agitieren, Politik machen: Plakate und Flugblätter. In: Original! Pracht und Vielfalt aus den Staatlichen Archiven Bayerns. Eine Ausstellung der Staatlichen Archive Bayerns im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 59), München 2017, S. 283–285.

Bernhard Grau, Demokratie im Abwehrmodus. Bayern im Krisenjahr 1923. In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Ausgabe 01/2023, S. 21–28.

Otto Gritschneider, Der Hitler-Prozeß und sein Richter Georg Neithardt. Eine Rechtsbeugung von 1924 mit Folgen, München 2001.

Rainer Hambrecht, Die braune Bastion. Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1922–1933) (Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte 17), Nürnberg 1976 (Nachdruck 2017).

Nicolai Hannig – Detlev Mares (Hrsg.), Krise! Wie 1923 die Welt erschütterte, Darmstadt 2022.

Barbara von Hindenburg, Die Auswirkungen des Frauenwahlrechts in der Weimarer Republik (12.11.2018) [*https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/frauenwahlrecht/279340/die-auswirkungen-des-frauenwahlrechts-in-der-weimarer-republik/*](https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/frauenwahlrecht/279340/die-auswirkungen-des-frauenwahlrechts-in-der-weimarer-republik/) (zuletzt abgerufen am 25.1.2024).

Hans Hinterberger, Unpolitische Politiker? Die bayerischen „Beamtenministerpräsidenten“ 1920–1924 und ihre Mitverantwortung am Hitlerputsch, Dissertation, Universität Regensburg, 2016, [*https://epub.uni-regensburg.de/35649/1/Die%20bayerischen%20Beamtenministerpr%C3%A4sidenten%20Diss.pdf*](https://epub.uni-regensburg.de/35649/1/Die%20bayerischen%20Beamtenministerpr%C3%A4sidenten%20Diss.pdf) (zuletzt abgerufen am 25.1.2024).

Paul Hoser, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), 1920–1923/1925–1945, publiziert am 12.02.2007. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[*http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/NSDAP_\(1920-1923/1925-1945\)*](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/NSDAP_(1920-1923/1925-1945))>

[bayerns.de/Lexikon/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei_\(NSDAP\),_1920-1923/1925-1945](http://bayerns.de/Lexikon/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei_(NSDAP),_1920-1923/1925-1945) (zuletzt abgerufen 9.2.2024).

Mark Jones, 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022.

Elina Kiiskinen, Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern (Bayerische Mittelpartei) in der Regierungspolitik des Freistaates während der Weimarer Republik (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte 145), München 2005.

Eberhard Kolb – Dirk Schumann, Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 16), 8. Aufl. München 2013.

Dieter Langewische, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. Main 1988.

Rainer Mario Lepsius, Parteisystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Wilhelm Abel (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393.

Peter Longerich, Außer Kontrolle. Deutschland 1923, Wien 2022.

Franz Machilek – Achim Paulus (Bearb.), Politische Propaganda und Agitation in der Weimarer Republik im Spiegel von Justizakten des Oberlandesgerichtsbezirks Bamberg, Bamberg 1997.

Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919-1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit, Band 5, München 1983, S. 1–286.

Hartmut Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit, Band 5, München 1983, S. 287–432.

Friedbert Mühldorfer, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), 1919-1933/1945-1956, publiziert am 11.07.2007. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kommunistische_Partei_Deutschlands_\(KPD\),_1919-1933/1945-1956](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kommunistische_Partei_Deutschlands_(KPD),_1919-1933/1945-1956) (zuletzt abgerufen 9.2.2024).

Petrus Müller, Deutsche Demokratische Partei in Bayern (DDP), 1918-1930, publiziert am 08.01.2007. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutsche_Demokratische_Partei_in_Bayern_\(DDP\),_1918-1930](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutsche_Demokratische_Partei_in_Bayern_(DDP),_1918-1930) (zuletzt abgerufen 8.2.2024).

Wolfgang Niess, *Der Hitlerputsch. Geschichte eines Hochverrats*, München 2023.

Julia Oberst, *Das sozialistische Milieu in Bamberg während der Weimarer Republik*, Darmstadt 2021.

Klaus Petersen, *Zensur in der Weimarer Republik*, Stuttgart-Weimar 1995.

Robert Probst, *Völkischer Block in Bayern (VBl)*, 1924/25, publiziert am 02.08.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Völkischer_Block_in_Bayern_\(VBl\),_1924/25](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Völkischer_Block_in_Bayern_(VBl),_1924/25) (zuletzt abgerufen 9.2.2024).

Robert Probst, *Großdeutsche Volksgemeinschaft (GVG)*, 1924/25, publiziert am 02.08.2006. In: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Großdeutsche_Volksgemeinschaft_\(GVG\),_1924/25](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Großdeutsche_Volksgemeinschaft_(GVG),_1924/25) (zuletzt abgerufen 21.1.2024).

Peter Reichel, *Rettung der Republik? Deutschland im Krisenjahr 1923*, München 2022.

Martin Schlemmer, „*Los von Berlin*“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln u.a. 2007.

Klaus Schönhoven, *Die Bayerische Volkspartei 1924–1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46)*, Düsseldorf 1972.

Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalsozialismus zwischen 1918 und 1933*, 3. Aufl. München 1978.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.), *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, Band 44, Berlin 1925.

Johannes Staudenmaier – Alexander Wolz, *Putsch in der Provinz? Schlaglichter auf Nordbayern im Krisenjahr 1923*. In: *Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte*, Ausgabe 03/2023, S. 22–29.

Sebastian Teupe, *Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*, Frankfurt am Main 2022.

Volker Ullrich, *Deutschland 1923. Ein Jahr am Abgrund*, München 2023.

Hermann Weber – Jakov Drabkin – Bernhard H. Bayerlein – Aleksandr Galkin (Hrsg.), Deutschland, Russland, Komintern. I. Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943), Berlin u.a. 2014.

Siegfried Wenisch (Bearb.), Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 36), München 1996.

Heinrich August Winkler, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 3 Bände, Berlin u.a. 1984–1987.

Birgit Witamwas, Geklebte NS-Propaganda. Verführung und Manipulation durch das Plakat, Berlin 2016.

Michael Wobring, Flugblätter – Plakate – Propaganda. Die Arbeit mit appellativen Bild-Text-Dokumenten im Geschichtsunterricht, St. Ingbert 2013.

Sylke Wunderlich, Propaganda des Terrors: Plakate des NS-Staates zwischen 1933 und 1945 = Propaganda Posters of the Nazi Terror Regime, Berlin 2021.

Der Ausstellungskatalog 1923. Krisenstimmung in Unterfranken. Eine Ausstellung des Staatsarchivs Würzburg. Konzeption und Bearbeitung: Hannah Hien, Verena Ott, Alexander Wolz. Staatsarchiv Würzburg 14.11.2023-2.2.2024 (Staatliche Archive Bayerns - Kleine Ausstellungen 71), München 2023, konnte nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Vorträge der Vortragsreihe der Staatlichen Archive Bayerns „Demokratie im Abwehrmodus. Bayern im Krisenjahr 1923“ werden in der Archivalischen Zeitschrift 100 veröffentlicht.

100-300

An die **Frauenwelt Bamberg's!**

Ueber das Thema:

Wir Frauen und die kommenden Wahlen

sprechen in folgenden öffentlichen Frauen-Versammlungen:
Donnerstag, den 3. April, abends 8 Uhr im Kath. Gesellenhaus:

Abg. Freiin Marie von Gebssattel

im Keesmannsaal (Wunderburg):

Abg. Frau Barth

Freitag, den 4. April, abends 8 Uhr im großen Luitpoldsaal:

Reichstagsabg. Frau Lang-Brumann

Alle Frauen Bamberg's (auch Nichtmitglieder) sind freundlichst eingeladen.

Kath. Frauenbund und angeschlossene Vereine.

Plakatdruckerei S. Oehl-Verlag C. in K. Bamberg



ISSN 1434-9868
ISBN 978-3-910837-04-1